

Lekić-Ćirić, Sonja

**Leasing – ein Vergleich der Bilanzierung nach österreichischen
Vorschriften und nach US GAAP aus der Sicht des Leasingnehmers**

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Wirtschaftswissenschaften

Wien, 2012

Erstprüfer: Prof. Dr. Andreas Hollidt

Zweitprüfer: Prof. Dr. Johannes N. Stelling

Bibliographische Beschreibung:

Lekić-Ćirić, Sonja

Leasing – ein Vergleich der Bilanzierung nach österreichischen Vorschriften und nach US GAAP aus der Sicht des Leasingnehmers - 2012 - 50 Seiten

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), Fakultät Wirtschaftswissenschaften,
Bachelorarbeit 2012

Referat:

Ziel dieser Arbeit ist es, dem Leser ein grundlegendes Verständnis über das Thema Leasing zu verschaffen. Des Weiteren wird der österreichische Leasingmarkt vorgestellt und kommentiert. Ein Schwerpunkt dieser Arbeit ist die Rechnungslegung im Bereich Leasing, sowohl national als auch international. Anhand eines Beispielsunternehmens werden die beiden Rechnungslegungsarten verglichen, auch unter Bezug auf die eventuell kommende Änderung in der internationalen Leasing-Bilanzierung.

Inhaltsverzeichnis

Leasing – ein Vergleich der Bilanzierung nach österreichischen Vorschriften und nach US GAAP aus der Sicht des Leasingnehmers.....	1
1 Einleitung	1
2 Was ist Leasing?	3
2.1 Arten von Leasing	3
2.1.1 Unterscheidung nach den am Leasingvertrag beteiligten Personen.....	3
2.1.2 Operating vs. Finanzierungsleasing	4
2.1.3 Unterscheidung nach der Art des Leasinggegenstandes	6
2.2 Vor- und Nachteile von Leasing-Finanzierungen	8
2.2.1 Vorteile von Leasing-Finanzierungen	8
2.2.2 Nachteile von Leasing-Finanzierungen.....	9
2.3 Inhalte des Leasingvertrages	11
2.4 Leasing in Österreich	11
2.4.1 Der österreichische Leasingmarkt	11
2.4.2 Leasingverband Österreich.....	15
3 Rechtslage in Österreich	16
3.1 Unternehmensgesetz	16
3.2 Zivilrecht	16
3.3 Steuerrecht	16
3.3.1 Einkommensteuer.....	16
3.3.2 Umsatzsteuer	19
3.4 Gebühren-Gesetz.....	20
3.5 Exkurs: Normverbrauchsabgabe.....	20
3.6 Verbuchung und Bilanzierung von Leasingfinanzierungen nach österreichischen Vorschriften	20
3.6.1 Bilanzierung bei Zurechnung des Objektes zum Leasinggeber.....	21
3.6.2 Bilanzierung bei Zurechnung des Objektes zum Leasingnehmer.....	23

3.7	Angaben im Anhang.....	25
3.8	Kritische Betrachtung der nationalen Rechnungslegung.....	25
4	Grundlagen der Rechnungslegung nach US GAAP	27
4.1	Normenerzeugende Institution (Financial Accounting Standards Board (FASB)	27
4.2	Leasing nach US-GAAP	27
4.3	Klassifikation von Leasingverträgen im SFAS 13.....	28
4.4	Zurechnungskriterien im Detail.....	31
4.4.1	Transfer of ownership (automatischer Eigentumsübergang)	31
4.4.2	Bargain purchase option (günstige Kaufoption).....	31
4.4.3	Estimated economic life (wirtschaftliche Nutzungsdauer).....	32
4.4.4	Minimum lease payments (Barwert der Mindestleasingzahlungen)	32
4.5	Verbuchung und Bilanzierung von Leasing nach US GAAP	33
4.5.1	Bilanzierung bei Zurechnung des Objektes zum Leasinggeber.....	33
4.5.2	Bilanzierung bei Zurechnung des Objektes zum Leasingnehmer.....	33
4.6	Angaben im Anhang.....	34
4.7	Entwicklungen in der internationalen Rechnungslegung	35
4.7.1	Exposure Draft Leases	35
4.8	Auswirkungen auf die Bilanzkennzahlen	36
4.8.1	Kennzahlen aus dem Verhältnis von Vermögens- und Kapitalstruktur .	36
4.8.2	Kennzahl der Vermögensstruktur	37
4.8.3	Kennzahlen der Kapitalstruktur.....	37
4.8.4	Rentabilitätskennzahlen.....	37
5	Nähere Betrachtung der Rechnungslegung von Leasinggeschäften in einem amerikanischen Unternehmen mit Sitz in Wien (Leasingnehmer).....	38
5.1	Die Leasingbeteiligten.....	38
5.2	Die Leasingobjekte.....	38
5.3	Der Rahmenvertrag.....	38

5.4	Der Einzelvertrag	41
5.5	Auswertung der vertraglichen Informationen.....	42
5.5.1	Klassifikation nach österreichischer Rechnungslegung.....	42
5.5.2	Klassifikation nach US GAAP	43
5.6	Aktuelle Verbuchung und Bilanzierung	43
5.7	Verbuchung und Bilanzierung nach der Änderung in US GAAP	44
5.8	Konsequenzen der Änderung aus der Sicht des Leasingnehmers.....	45
5.9	Lösungsvorschläge	47
5.9.1	Vertragsgestaltung	47
5.9.2	Umsetzungsplan.....	47
6	Schlussbetrachtung.....	49
	Literaturverzeichnis	I

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einteilung der Leasingverträge	4
Abbildung 2: Neugeschäft in Mio. Euro im Jahr 2010	12
Abbildung 3: Neugeschäft in Mio. Euro im Jahr 2011	12
Abbildung 4: Statistik 2006-2010/Neugeschäft Inland (Mio. EUR)	13
Abbildung 5: Bestand in Mio. Euro im Jahr 2010	14
Abbildung 6: Bestand in Mio. Euro im Jahr 2011	14
Abbildung 7: Zurechnungsregeln bei Vollamortisationsverträgen	18
Abbildung 8: Zurechnungsregeln bei Teilamortisationsleasing	19
Abbildung 9: Klassifizierung von Leasingverträgen aus der Sicht des Leasingnehmers.....	29
Abbildung 10: Klassifizierung von Leasingverträgen aus der Sicht des Leasinggebers	30

Abkürzungsverzeichnis

ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
Abs.	Absatz
AfA	Absetzung für Abnutzung
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
BAO	Bundesabgabenordnung
bzw.	beziehungsweise
dh.	das heißt
dzt.	derzeit
ED	Exposure Draft
EITF	Emerging Issues Task Force
ESTR	Einkommensteuerrichtlinien
EUR	Euro
FASB	Financial Accounting Standards Board
FIN	FASB Interpretation
FTB	FASB Technical Bulletin
IAS	International Accounting Standards
IFRS	International Financial Reporting Standards
KFZ	Kraftfahrzeug
Kfz	Kraftfahrzeug
km	Kilometer
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
NOVA	Normverbrauchsabgabe
PKW	Personenkraftwagen
Rz.	Randziffer
SEC	Security and Exchange Commission
SFAS	Statement of Financial Accounting Standards
UGB	Unternehmensgesetzbuch
US GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
USA	United States of America
USt	Umsatzsteuer

UStG	Umsatzsteuergesetz
vs.	versus
VwGH	Verwaltungsgerichtshof
z.B.	zum Beispiel

Leasing – ein Vergleich der Bilanzierung nach österreichischen Vorschriften und nach US GAAP aus der Sicht des Leasingnehmers

1 Einleitung

„Venga, venga...“ verzweifelt versucht der Spanier seinen Esel zum Bewegen zu animieren. Ein bekannter österreichischer Skifahrer in Ritterausrüstung sieht ihm dabei interessiert zu. „Vielleicht doch ein neues Auto? Jetzt günstig finanzieren mit Raiffeisen Leasing¹.“ sagt der Werbesprecher. Das ist nur einer der vielen Werbespots zum Thema Leasing. Leasing ist also in aller Munde. Dafür sprechen auch die Zahlen des Neugeschäfts in Österreich.

Leasing ist ein fixer Bestandteil unserer Wirtschaft und gewinnt immer mehr an Bedeutung. Der österreichische Leasingverband lies am 1. September 2011 verkünden, dass das Leasinggeschäft im ersten Halbjahr 2011 mit einem Leasingneugeschäft von 3,3 Mrd. Euro wieder ein deutliches Wachstum erzielen konnte².

Auch die Bilanzierung von Leasinggeschäften ist aufgrund des gemeinsamen Projektes des FASB und des IASB, das die Reformierung und Harmonisierung als Ziel hat, sehr aktuell. Auch im nationalen Bereich besteht Notwendigkeit für eine gesetzlich verankerte Regelung.

Das Konzept des wirtschaftlichen Eigentums ist im österreichischen Bilanzrecht maßgebend³. Das Unternehmensrecht gibt keine besonderen Regelungen in Bezug auf die Zurechnung der Vermögensgegenstände. Aus diesem Grund werden die Regelungen in den Einkommensteuerrichtlinien auch für die unternehmensrechtliche Beurteilung herangezogen⁴.

Die Bilanzierung der Leasingverträge ist in Österreich nicht immer ganz klar, da es keine spezifische gesetzliche Regelung gibt. Derzeit bieten die Einkom-

¹ vgl. Raiffeisen: URL: <<http://www.raiffeisen-leasing.at/tvspot.html>>, verfügbar am 15.12.2011.

² vgl. VÖL: URL: <http://www.leasingverband.at/files/VÖL_Presseinfo%2020110901.pdf>, verfügbar am 17.12.2011.

³ vgl. Egger, Samer, & Bertl, 2008, S. 174 ff.

⁴ vgl. Metzler, 2010, S. 415.

mensteuerrichtlinien 2000 die Entscheidungsgrundlage ob das Leasinggut dem Leasinggeber oder dem Leasingnehmer zuzurechnen ist.

Im internationalen Bereich ergibt sich das Problem der off-balance Bilanzierung. Je nach Kriterium muss der Leasinggegenstand beim Leasingnehmer nicht in der Bilanz aufscheinen. Diese Form der Bilanzierung wird gerne gewählt, da sie einige Vorteile gibt. Aufgrund der geplanten Reformierung ergeben sich für Unternehmen, die nach US GAAP oder IFRS bilanzieren müssen wichtige Änderungen.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen systematischen Überblick über die Leasing-Bilanzierung und einen Vergleich zwischen der österreichischen Bilanzierung und der nach US GAAP zu geben. Im weiteren Verlauf sollen die geplanten Neuerungen in US GAAP auf ihre Auswirkungen beleuchtet werden und die Ermessensspielräume aufgezeigt werden. Dies soll vor allem am Beispiel eines US-amerikanischen Unternehmens mit Sitz in Wien dargestellt werden.

Der erste Teil dieser Arbeit beschäftigt sich mit den Grundlagen des Leasings, es werden der Leasingmarkt und dessen Bedeutung behandelt. Danach wird die Rechtslage rund um Leasing geklärt sowohl national als auch international (US GAAP). In diesem Rahmen werden auch die Entwicklungen in der internationalen Leasing-Bilanzierung vorgestellt und welche Auswirkungen sie haben werden. Der letzte Teil der vorliegenden Arbeit behandelt das Thema anhand eines Beispielsunternehmens. Der Leser bekommt einen Einblick in die Praxis der Leasing-Bilanzierung inklusive Ausblick auf Änderungen in diesem Bereich.

2 Was ist Leasing?

Der Begriff Leasing stammt aus dem Englischen „to lease“, das „überlassen, mieten“ bedeutet⁵. Es unterscheidet sich deutlich von den Begriffen „to rent“ oder „to hire“, die mit mieten/pachten gleichzusetzen sind.

Der Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften definiert Leasing als ein Rechtsgeschäft eigener Art, das die entgeltliche Nutzungsüberlassung und nicht das Eigentum an der Sache in den Vordergrund rückt. Das Investitionsrisiko wird auf den Leasingnehmer übertragen⁶.

Der FASB sieht folgende Definition für Leasing vor: "a lease is defined as an agreement conveying the right to use the property, plant, or equipment (land and/or depreciable assets) usually for a stated period of time⁷."

Kurz zusammengefasst ist es eine Finanzierung, bei der es hauptsächlich um das Nutzungsrecht geht.

2.1 Arten von Leasing

In diesem Abschnitt erfährt der Leser welche Arten von Leasing es gibt bzw. wie sie unterschieden werden. Ich befasse mich in dieser Arbeit mit österreichischen Verträgen (siehe Praxisbeispiel), somit wird auf die Unterscheidung aus diesem Winkel Rücksicht genommen. Weitere Unterscheidungen, die für die Zurechnung der Leasingverträge relevant sind, werden in den jeweiligen Kapiteln behandelt.

2.1.1 Unterscheidung nach den am Leasingvertrag beteiligten Personen

2.1.1.1 Direktes Leasing

Beim direkten Leasing wird der Leasingvertrag zwischen dem Hersteller des Leasinggegenstandes (Leasinggeber) und dem Leasingnehmer geschlossen. Für den Leasinggeber ist es absatzpolitisches Instrument⁸.

Der Leasinggeber (Hersteller) erhofft damit den Absatz zu vergrößern. Der Leasingnehmer profitiert von den Wartungsverträgen, in welchen sich der

⁵ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 15.

⁶ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 12.

⁷ vgl. SFAS 13.1.

⁸ vgl. Camphausen, Vollmer, Jandt, Levin, & Eichler, 2008, S. 305.

Leasinggeber zur laufenden Instandhaltung und Pflege des Objektes verpflichtet. Der Leasingnehmer ist im Gegenzug dazu verpflichtet nach einer bestimmten Zeit das Leasinggut gegen ein neuwertiges auszutauschen⁹.

2.1.1.2 Indirektes Leasing

Beim indirekten Leasing zeigt sich eine Dreierbeziehung zwischen Lieferant bzw. Hersteller, Leasinggeber und Leasingnehmer¹⁰.

Der Leasingnehmer informiert die Leasinggesellschaft über die Anforderungen an das Leasinggut, diese bestellt das Objekt beim Hersteller. Der Hersteller liefert das gewünschte Objekt, die Leasinggesellschaft übernimmt die Finanzierung des Objektes. Die Leasingraten werden laufend durch den Leasingnehmer beglichen¹¹.

2.1.2 Operating vs. Finanzierungsleasing

Unter Abstützung auf das österreichische Unternehmens- sowie Steuerrecht lässt sich zwischen Finanzierungsleasing einerseits und Operating Leasing andererseits unterscheiden¹².

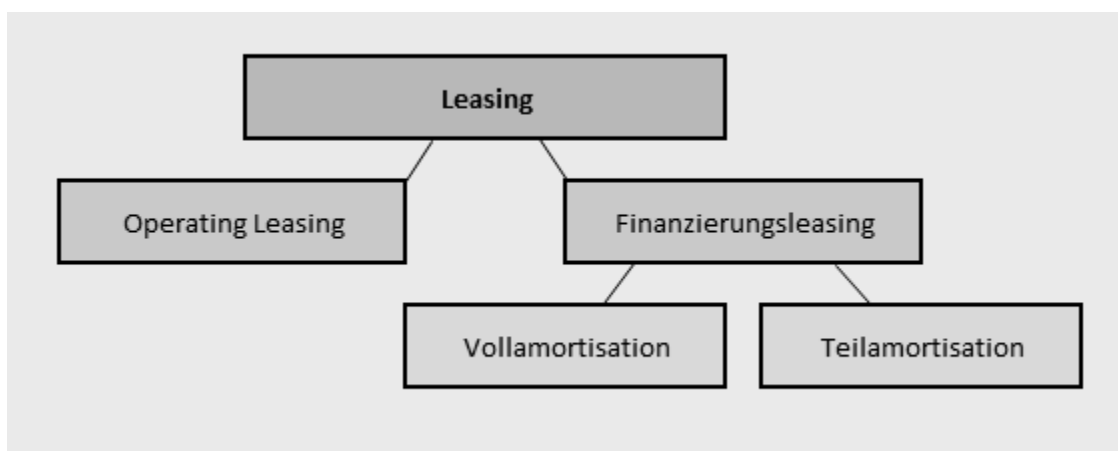


Abbildung 1: Einteilung der Leasingverträge¹³.

⁹ vgl. Csaky, 1993, S. 13 ff.

¹⁰ vgl. Bender, 2001, S. 30.

¹¹ vgl. Csaky, 1993, S. 15.

¹² vgl. Haeseler & Greßler, 2007, S. 33.

¹³ Eigene Darstellung.

2.1.2.1 *Operating Leasing*

Für Operating Leasing ist charakteristisch, dass die Vertragsdauer im Vergleich zur Nutzungsdauer relativ kurz ist. Diese Verträge sind während der Laufzeit kündbar. Der Leasinggeber geht nicht von einer Amortisation des Objektes im Rahmen eines Vertrags aus, das Objekt wird häufig von mehreren Leasingnehmern hintereinander genutzt¹⁴. Aus diesem Grund hat der Leasinggeber besonderes Interesse an der Erhaltung des Gegenstandes.

Der Leasinggeber trägt auch das Investitionsrisiko, da nicht alle Kosten durch die kurzfristige Laufzeit abgedeckt werden können, die Gefahr des zufälligen Untergangs und der Entwertung durch technischen Fortschritt¹⁵.

2.1.2.2 *Finanzierungsleasing*

Finanzierungsleasing zeichnet sich durch eine feste Grundmietzeit mit einem unkündbaren Vertrag für den Leasingnehmer aus. Häufig wird auch von „echtem“ Leasing gesprochen. Der Leasinggeber kann nur dann kündigen, wenn der Leasingnehmer vertragsbrüchig oder zahlungsunfähig wird¹⁶.

Der Leasingnehmer ist für die Wartung, Reparatur und Pflege des Objektes verantwortlich, der Leasinggeber schreibt häufig eine Verfahrensweise vor. Das Investitionsrisiko liegt beim Leasingnehmer, das heißt auch bei vollständiger Funktionsuntüchtigkeit hat der Leasingnehmer die Leasingrate weiterhin zu entrichten¹⁷. Der Leasinggeber trägt das Finanzierungsrisiko¹⁸.

2.1.2.3 *Formen des Finanzierungsleasing*

2.1.2.3.1 Vollamortisationsverträge (Full-pay-out-Verträge)

Während der unkündbaren Vertragsdauer werden mit dem Leasingentgelt annähernd die gesamten Investitionskosten des Leasinggebers amortisiert. Der Gegenstand kann um ein bis drei Monatsraten vom Leasingnehmer erworben werden¹⁹.

¹⁴ vgl. Bitz & Niehoff, 2002, S. 2.

¹⁵ vgl. Perridon & Steiner, 2009, S. 450.

¹⁶ vgl. Perridon & Steiner, 2009, S. 450.

¹⁷ vgl. Bender, 2001, S. 27.

¹⁸ vgl. Haeseler & Greßler, 2007, S. 33.

¹⁹ vgl. Quantschnigg, Jezek, Langer, & Pilz, 2003, S. 23.

2.1.2.3.2 Teilamortisationsverträge (Non-full-pay-out bzw. Restwert-Verträge)

Die Gesamtinvestitionskosten des Leasinggebers werden während der vereinbarten unkündbaren Vertragsdauer nur teilweise amortisiert. Nach Ablauf der Grundmietzeit stehen folgende Optionen zur Verfügung:

- Rückgabe
- Weitervermietung
- Erwerb oder
- Verwertung des Leasinggegenstandes²⁰.

2.1.3 Unterscheidung nach der Art des Leasinggegenstandes

2.1.3.1 Mobilienleasing

Die Nutzungsüberlassung beweglicher Güter durch den Leasinggeber wird als Mobilienleasing verstanden²¹. Es unterscheidet sich vom Immobilienleasing dadurch, dass beim Mobilienleasing das Leasingobjekt beweglich ist und an einen anderen Ort verlegt werden kann, ohne die Substanz zerstören zu müssen²².

2.1.3.1.1 Kraftfahrzeug-Leasing

Das Kfz-Leasing ist zwar eine Untergruppe des Mobilienleasing, wird aber aufgrund seiner Bedeutung am österreichischen Markt (siehe Kapitel 2.4.1) als eigene Sparte geführt²³. Im Kfz-Leasing spielen Teilamortisationsverträge eine wesentliche Rolle und treten in vielen Formen auf²⁴. Einige davon seien an dieser Stelle erwähnt:

- Restwertabsicherung
wenn nach Ablauf des Vertrages der Erlös des Objektes geringer als der kalkulierte Restwert, trägt der Leasinggeber das Restwertrisiko. In dieser

²⁰ vgl. Quantschnigg, Jezek, Langer, & Pilz, 2003, S. 23.

²¹ vgl. Schleis, 2000, S. 13.

²² vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn (2005), S. 32.

²³ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn (2005), S. 32f.

²⁴ vgl. Bender, 2001, S. 138.

Vertragsform wird knapp ein Drittel der an gewerbliche Kunden vermieteten Fahrzeuge gehalten²⁵.

- Kilometerabrechnung

Bei Vertragsabschluss wird eine feste Kilometerlaufzeit vereinbart. Wenn die tatsächliche Fahrleistung über der vereinbarten liegt, hat der Leasingnehmer eine Nachzahlung zu leisten. Sollte dies der Gegenteil sein, erhält der Leasingnehmer eine Rückzahlung²⁶.

- Teil- oder Full-Service

Im Falle eines Service-Leasing erbringt der Leasinggeber neben der üblichen Gebrauchsüberlassung noch weitere Leistungen. Besonders im Kfz-Leasing sind Teil- oder Full-Service Verträge oft anzutreffen. Bei den Full-Service Verträgen hat der Kunde die Wahl zwischen einer offenen und einer geschlossenen Kalkulation. Bei der offenen Kalkulation werden die tatsächlich angefallenen Kosten mit den bereits geleisteten Zahlungen abgerechnet. Charakteristisch für die geschlossene Kalkulation ist die feste Größe der Leasingrate. Solange sich der Leasingnehmer an die vereinbarte Kilometerzahl hält, bleibt das Risiko beim Leasinggeber²⁷.

2.1.3.2 Immobilienleasing

Alle Leasinggeschäfte, die das Verleasen von Grundstücken sowie mit Grund und Boden fest verbundenen Gebäuden zum Inhalt haben, werden als Immobilienleasing verstanden. Gute Beispiele sind Fabrik- und Lagerhallen, Parkhäuser, Bürogebäude²⁸.

²⁵ vgl. Bender, 2001, S. 139.

²⁶ vgl. Bender, 2001, S. 139.

²⁷ vgl. Bender, 2001, S. 140.

²⁸ vgl. Csáky, 1992, S. 17.

2.2 Vor- und Nachteile von Leasing-Finanzierungen

2.2.1 Vorteile von Leasing-Finanzierungen

100%ige Finanzierung

Beim Leasing werden üblicherweise die gesamten Investitionskosten finanziert. Da der Leasinggeber das volle Eigentumsrecht hat, wird in den meisten Fällen auf zusätzliche Sicherheiten verzichtet²⁹.

Keine Bilanzierung beim Leasingnehmer

Da der Leasinggeber rechtlicher Eigentümer des Leasinggegenstandes ist, wird das Leasingobjekt nicht in der Bilanz des Leasingnehmers berücksichtigt. Dies wirkt sich auch die Bilanzkennzahlen bzw. die Bonität aus (siehe Kapitel 4.8.)³⁰.

Nutzungsdauerabhängige Finanzierungslaufzeit

Das Leasing nimmt Rücksicht auf die Nutzungsdauer des Leasingobjekts, somit wird eine zu kurzfristige Finanzierungsdauer und auch ein Liquiditätsproblem vermieden³¹.

Gestaltungsmöglichkeiten des Aufwandes

Die Höhe der Leasingentgeltzahlungen kann im Rahmen der steuerlichen Rahmenbedingungen nach den Bedürfnissen des Leasingnehmers gestaltet werden³².

Steuerliche Vorteile

Die Leasingentgelte sind innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen als Betriebsausgabe absetzbar. Dadurch wird der Gewinn vermindert und somit auch die Basis für die Einkommensteuer³³.

²⁹ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 55.

³⁰ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 55.

³¹ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 55.

³² vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 56.

³³ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 56.

Kalkulatorische Vorteile

Verschiedene Wirtschaftsgüter können in einem Leasingvertrag zusammengefasst werden, somit verbessern sich die kalkulatorischen Grundlagen³⁴.

Flexibilitätserhöhung

Aufgrund der 100%igen Fremdfinanzierung ohne unmittelbare Verschuldung, kann der Leasingnehmer rascher auf bilanzielle und objekt- und marktbedingte Erfordernisse reagieren³⁵.

Liquiditätsbeschaffung

Bei Sale-and-Lease-Back Geschäften kann im Anlagevermögen gebundenes Kapital freigesetzt werden und dem Unternehmen mehr Liquidität beschaffen³⁶.

Serviceleistungen

Die Leasinganbieter bieten eine Menge an teilweise kostenlosen Zusatzleistungen an. Die Palette der Leistungen beginnt bei der Hilfestellung und Auswahl des Leasinggutes bis hin zur Verwertung³⁷.

2.2.2 Nachteile von Leasing-Finanzierungen

Hohe Kosten

Eventuelle Laufzeitänderungen sind mit hohen Kosten verbunden. Auch eine vorzeitige Kündigung kann teuer werden und hohe Abschlagszahlungen als Folge haben³⁸.

Volles Risiko

Obwohl der Leasingnehmer nicht Eigentümer ist, trägt er das volle Risiko für das Leasingobjekt³⁹.

³⁴ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 56.

³⁵ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 56.

³⁶ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 56ff.

³⁷ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 57.

³⁸ vgl. Wirtschaftskammer Österreich: URL:

<http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StlID=156825&DstlID=0&BrID=0#3>,

verfügbar am 16.12.2011.

Ratenzahlung

Wird die Leasingrate nicht rechtzeitig bezahlt, entstehen Mehrkosten. Es kann sogar vertraglich festgelegt werden, dass in diesem Falle der Vertrag aufgelöst wird⁴⁰.

Restriktive Vertragsbestimmungen möglich

Das Leasingangebot verliert an Attraktivität wenn es restriktive Vertragsbestimmungen enthält (z.B. das Leasinggut darf nicht verändert werden)⁴¹.

Bonitätsprobleme

Wenn der Leasingnehmer aufgrund von Bonität Schwierigkeiten hat einen Bankkredit zu bekommen, wird er auch nicht problemlos eine Anlage leasen können⁴².

Zustimmung nötig

Wünscht der Leasingnehmer eine Sonderausstattung beim Leasingobjekt, so muss er sich die Zustimmung des Leasinggebers holen⁴³.

Vollkasko nötig

Im Falle von KFZ-Leasing ist eine meist teure Vollkaskoversicherung nötig⁴⁴.

³⁹ vgl. Wirtschaftskammer Österreich: URL:

<http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StlID=156825&DstID=0&BrID=0#3>,
verfügbar am 16.12.2011.

⁴⁰ vgl. Wirtschaftskammer Österreich: URL:

<http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StlID=156825&DstID=0&BrID=0#3>,
verfügbar am 16.12.2011.

⁴¹ vgl. Wirtschaftskammer Österreich: URL:

<http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StlID=156825&DstID=0&BrID=0#3>,
verfügbar am 16.12.2011.

⁴² vgl. Wirtschaftskammer Österreich: URL:

<http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StlID=156825&DstID=0&BrID=0#3>,
verfügbar am 16.12.2011.

⁴³ vgl. Wirtschaftskammer Österreich: URL:

<http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StlID=156825&DstID=0&BrID=0#3>,
verfügbar am 16.12.2011.

2.3 Inhalte des Leasingvertrages

Der Leasingvertrag muss genaue Angaben hinsichtlich folgender Punkte beinhalten:

- Monatliches Leasingentgelt
- Laufzeit des Leasingvertrages
- Höhe und Art der erforderlichen Eigenleistung
- Gesamtbelastung und Barzahlungspreis
- Sämtliche mit dem Abschluss des Vertrages zusätzlich vom Leasingnehmer zu bezahlende Spesen und Gebühren, sofern diese nicht im Leasingentgelt enthalten sind
- Restwert am Ende der Vertragslaufzeit (sofern der Kunde das Restwertisiko trägt)
- Kalkulierte Kilometerleistung (beim KFZ-Leasing)
- Alle USt-pflichtigen Beträge sind inkl. USt auszuweisen⁴⁵.

2.4 Leasing in Österreich

Das erste österreichische Leasingunternehmen wurde im Jahr 1963 gegründet. Seit den 80er Jahren ist es der Leasingbranche gelungen außerordentlich hohe Wachstumsraten zu erreichen⁴⁶. Die Leasingquote, das ist der Anteil der leasingfinanzierten Investitionen, erhöhte sich von circa 4% auf 15%. Im Bereich der Kraftfahrzeuge beträgt die Leasingquote fast 60%, das heißt, dass mehr als jeder zweite österreichische Neuwagenkäufer sein Auto mittels Leasing finanziert.

2.4.1 Der österreichische Leasingmarkt

In diesem Abschnitt soll anhand diverser Statistiken die Bedeutung der Leasingbranche in Österreich unterstrichen werden.

⁴⁴ vgl. Wirtschaftskammer Österreich: URL: http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StlID=156825&DstlID=0&BrID=0#3, verfügbar am 16.12.2011.

⁴⁵ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 10.

⁴⁶ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 7.

Geschäftssparte	Neugeschäft in Mio. Euro VÖL ¹		
	Anschaffungswerte in Mio. EUR	Vorjahr +/- %	Anzahl der Verträge
Mobilien (ML)	1.308	+4,1	19.153
KFZ	3.253	+5,4	150.760
Immobilien (IL)	1.165	+26,3	215
Gesamtsumme	5.725	+8,8	170,129

Abbildung 2: Neugeschäft in Mio. Euro im Jahr 2010⁴⁷.

Die Abbildung 2 zeigt, dass das Leasing-Neugeschäft im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 8,8% gewachsen ist. Das größte Wachstum zeigt sich im Bereich der Immobilien. Wenn man sich diese Sparte allein ansieht, erkennt man, dass um 26,3% mehr Neugeschäfte abgeschlossen wurden als im Jahr zuvor.

Geschäftssparte	Neugeschäft in Mio. Euro VÖL ¹		
	Anschaffungswerte in Mio. EUR	Vorjahr +/- %	Anzahl der Verträge
Mobilien (ML)	1.500	+14,7	16.625
KFZ	3.763	+15,7	166.285
Immobilien (IL)	1.063	-8,8	201
Gesamtsumme	6.325	+10,5	183,111

Abbildung 3: Neugeschäft in Mio. Euro im Jahr 2011⁴⁸.

Auf der Abbildung 3 ist ersichtlich wie gut sich das Leasinggeschäft im Jahr 2011 in den Bereich Mobilien und KFZ erholt hat. Die Sparte Immobilien verzeichnet einen Rückgang von 8,8% gegenüber Vorjahr.

⁴⁷ vgl. VÖL: URL:

<http://www.leasingverband.at/index.php?option=com_content&view=article&id=176%3Aleasing-in-oesterreich-2010&catid=48%3Astatistiken&Itemid=72&lang=de>, verfügbar am 18.12.2011.

⁴⁸ vgl. VÖL: URL:

http://www.leasingverband.at/index.php?option=com_content&view=article&id=201%3Aleasing-in-oesterreich-2011&catid=48%3Astatistiken&Itemid=124&lang=de>, verfügbar am 19.04.2012.

Statistik 2006- 2010 / Neugeschäft Inland (Mio. EUR) / VÖL und Leasinggesamtmarkt

	12/2006	12/2007	12/2008	12/2009	12/2010
Mobilien (ML)	1.415,30	1.672,71	1.752,63	1.256,08	1.307,69
KFZ	3.441,67	3.522,59	3.672,11	3.086,12	3.252,51
Immobilien (IL)	1.227,58	1.393,61	1.427,36	922,35	1.165,09
Neugeschäft Inland	6.084,55	6.588,91	6.852,09	5.264,55	5.725,31
Repräsentationsgrad ³	ca. 96%	ca. 96%	ca. 96%	ca. 96%	ca. 96%
Gesamtmarkt Österreich	6.306,07	6.862,44	7.137,60	5.483,90	6.015,00
Inflationsrate	1,5%	2,2%	3,2%	0,5%	1,8%
Monetäre Leasingquote Ges. ⁴	19,65%	20,68%	19,29%	14,30%	14,83%
Monetäre Leasingquote ML	9,91%	11,24%	12,74%	7,78%	7,79%
Monetäre Leasingquote KFZ	62,84%	57,46%	55,81%	66,20%	59,38%
Monetäre Leasingquote IL	8,51%	8,84%	9,54%	6,71%	8,34%
Stückmäßige Leasingquote KFZ ⁵	34,3%	34,4%	39,2%	31,6%	33,0%
Mitgliedsgesellschaften Anzahl	42	42	43	40	41

1 derzeit inkl. 1 meldendes Nicht-Mitglied

2 Barwerte = ausstehendes Finanzierungsvolumen vor Abzug von Depots/Kautionen

3 Repräsentationsgrad = geschätzter Anteil des VÖL am Leasinggesamtmarkt

4 Monetäre Leasingquote = Anteil der leasingfinanzierten Bruttoanlageinvestitionen

5 Stückmäßige Leasingquote KFZ: Anteil der leasingfinanzierten Fahrzeuge an den neu zugelassenen Fahrzeugen; Basis: Eurotax Neuzulassungsstatistik

Abbildung 4: Statistik 2006-2010/Neugeschäft Inland (Mio. EUR)⁴⁹.

Die Abbildung 4 zeigt, dass das Leasing-Neugeschäft bis inkl. 2008 mit einem ständigen Wachstum gesegnet war. Im Krisenjahr 2009 erlebte der Leasingmarkt einen Einbruch. Das Neugeschäft erreichte ein Rekordtief von 5.264,55 Mio. Euro, das ist ein Rückgang von circa 23% im Vergleich zum Jahr 2008. Wie bereits oben erwähnt, erholt sich das Neugeschäft langsam, konnte im Jahr 2010 wieder einen Wachstum verzeichnen und ist seit 2011 wieder im Aufschwung.

Die monetäre Leasingquote gibt den Anteil der leasingfinanzierten Bruttoanlageinvestition. Im Jahr 2007 erreichte die monetäre Leasingquote in Österreich einen Wert von über 20%. Das bedeutet, dass jeder fünfte Euro investierte Euro mittels Leasing finanziert wurde. Parallel zum Neugeschäft ist auch die monetäre Leasingquote gefallen und befand sich im Jahr 2010 bei circa 15%.

⁴⁹ vgl: VÖL: URL:

<http://www.leasingverband.at/index.php?option=com_content&view=article&id=176%3Aleasing-in-oesterreich-2010&catid=48%3Astatistiken&Itemid=72&lang=de>, verfügbar am 18.12.2011.

Bestand in Mio. Euro VÖL ¹			
Geschäftssparte	Barwerte in Mio. EUR ²	Vorjahr +/- %	Anzahl der Verträge
Mobilien (ML)	4.072	-0,1	84.066
KFZ	7.088	-1,8	456.381
Immobilien (IL)	11.932	0,4	4.844
Gesamtsumme	23.092	-0,4	545.291

Abbildung 5: Bestand in Mio. Euro im Jahr 2010⁵⁰.

Die Abbildung 5 zeigt den Bestand der Leasingverträge im Jahr 2010 an. Anhand der Barwerte in 2010 im Vergleich zum Vorjahr erkennt man, dass das Leasinggeschäft mit insgesamt -0,4% ziemlich stabil geblieben ist.

Bestand in Mio. Euro VÖL ¹			
Geschäftssparte	Barwerte in Mio. EUR ²	Vorjahr +/- %	Anzahl der Verträge
Mobilien (ML)	4.237	+4,1	82.007
KFZ	7.425	+4,8	469.727
Immobilien (IL)	11.898	-0,3	4.651
Gesamtsumme	23.559	+2,0	556.385

Abbildung 6: Bestand in Mio. Euro im Jahr 2011⁵¹.

Während sich das Leasinggeschäft im Jahr 2010 noch langsam erholt hat, hat es im Jahr 2011 sogar wieder zum Wachstum gereicht. Die Abbildung 6 zeigt, dass der Bestand gesamt gesehen im Jahr 2011 um 2% gegenüber Vorjahr gewachsen ist.

⁵⁰ vgl: VÖL: URL:

<http://www.leasingverband.at/index.php?option=com_content&view=article&id=176%3Aleasing-in-oesterreich-2010&catid=48%3Astatistiken&Itemid=72&lang=de>, verfügbar am 18.12.2011.

⁵¹ vgl: VÖL: URL:

<http://www.leasingverband.at/index.php?option=com_content&view=article&id=201%3Aleasing-in-oesterreich-2011&catid=48%3Astatistiken&Itemid=124&lang=de>, verfügbar am 19.04.2012.

2.4.2 Leasingverband Österreich

Aus einer losen Interessensgemeinschaft von 16 markführenden Leasinggesellschaften wurde im Jahre 1983 der Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften gegründet. Das Ziel war die Interessen und Anliegen der Leasingwirtschaft zu vertreten und auch als ein Bindeglied zu den Konsumenten zu fungieren. Der Verband ist auch Mitglied des europäischen Dachverbandes Leaseurope mit Sitz in Brüssel. Außerdem unterhält der Leasingverband engen Kontakt mit allen Verbänden der Nachbarländer⁵².

⁵² vgl. VÖL: URL:

<http://www.leasingverband.at/index.php?option=com_content&view=article&id=46&Itemid=90&lang=de>, verfügbar am 17.12.2011.

3 Rechtslage in Österreich

Dieses Kapitel bringt dem Leser die Rechtslage rund um Leasing näher.

3.1 Unternehmensgesetz

Das Unternehmensgesetzbuch bietet keine gesetzlichen Bestimmungen für Leasingverträge⁵³. Das Finanzierungsinstrument Leasing hat sich lange Zeit im rechtsfreien Raum abgespielt bzw. musste auf die Regeln des ABGB zurückgreifen. Im Jahr 1984 wurden die ersten Einkommenssteuerrichtlinien (aktuelle Fassung EStR 2000) zur Behandlung von Leasingverträgen veröffentlicht⁵⁴.

3.2 Zivilrecht

Aus der Sicht des Zivilrechts ist der Leasingvertrag ein Sachüberlassungsvertrag eigener Art, der wesentlich vom Bestandsvertrag abweicht. Der Leasinggeber ist sachenrechtlicher Eigentümer und kann das Leasingobjekt auch an andere zur Nutzung überlassen. Im Gegenteil zum Kauf hat man beim Leasing nur eingeschränktes Nutzungsrecht, um die Eigentumsrechte der Leasinggeber nicht zu beeinträchtigen⁵⁵.

3.3 Steuerrecht

3.3.1 Einkommensteuer

Aus der Sicht des Einkommensteuerrechts soll auch die Frage, wem das verleaste Gut zuzurechnen ist, gelöst werden. Maßgeblich für die Entscheidung sind die Relation der Laufzeit zur betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer eines Objektes und die Kündigungsmöglichkeit des Leasingvertrages. Für die Bestimmung des wirtschaftlichen Eigentums sind die rechtlichen Grundlagen gem. § 24 Absatz BAO „Wirtschaftsgüter, über die jemand die Herrschaft gleich einem Eigentümer ausübt, werden diesem zugerechnet.“ maßgeblich. Die Zurechnungsregeln finden sich in den EStR 2000 (Rz. 135-150) wieder⁵⁶. Die EStR 2000 definieren Leasing wie folgt: "Mit "Leasing" werden Verträge bezeichnet, die von den üblichen Mietverträgen des ABGB ("Operating-Leasing")

⁵³ vgl. Leissing, 2000, S. 202 ff.

⁵⁴ vgl. Haeseler & Greßler, 2007, S. 53.

⁵⁵ vgl. Metzler, 2010, S. 413 ff.

⁵⁶ vgl. Metzler, 2010, S. 418.

bis zu verdeckten Ratenkaufverträgen reichen. Die Abgrenzungsfrage stellt sich in erster Linie bei den Finanzierungs-Leasingverträgen. Diese ersetzen die herkömmliche Form der Investitionsfinanzierung. Die Finanzierungs-Leasingverträge sind entweder Vollamortisationsverträge (Full-Pay-Out-Leasing), dh. während der Mietdauer (= Grundmietzeit) hat der Leasingnehmer für die Investitionskosten und einen Gewinn des Leasinggebers aufzukommen, oder Teilamortisationsverträge (Non-Full-Pay-Out-Leasing oder Restwertleasing), dh. während der Grundmietzeit hat der Leasingnehmer nicht die gesamten Aufwendungen des Leasinggebers abzudecken."

3.3.1.1 Vollamortisationsvertrag

Die Einkommensteuerrichtlinien 2000 (Rz. 137) besagen, dass die Zurechnung beim Leasingnehmer erfolgt, sofern nachstehende Punkte erfüllt sind:

- *Grundmietzeit und betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer stimmen fast überein*; wenn die Grundmietzeit größer als 90% der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer beträgt. In der Praxis werden hier die steuerlichen Abschreibungstabellen als Richtwert verwendet.
- *Grundmietzeit ist weniger als 40% der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer*;
- Nach Ablauf der Grundmietzeit hat der Leasingnehmer das *Optionsrecht den Gegenstand zu erwerben* (gegen Leistung eines geringen Betrages) oder den *Leasingvertrag zu verlängern*;
- *Spezialleasing*; der Leasinggegenstand ist auf die speziellen Bedürfnisse des Leasingnehmers zugeschnitten und schließt jegliche weitere wirtschaftliche Verwendung aus.

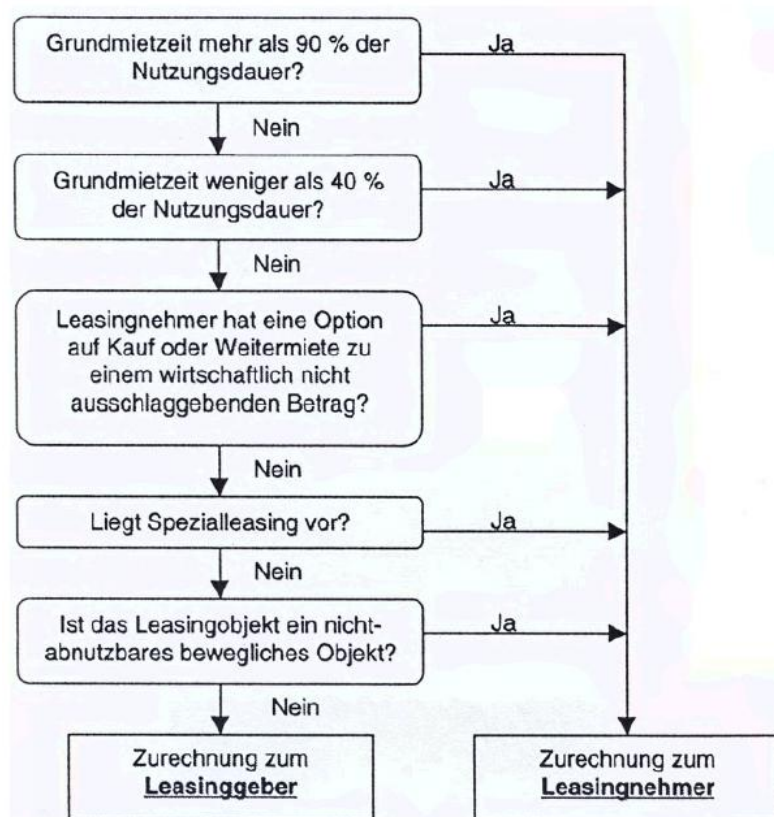


Abbildung 7: Zurechnungsregeln bei Vollamortisationsverträgen⁵⁷.

3.3.1.2 Teilamortisationsvertrag

Gemäß den Einkommensteuerrichtlinien 2000 (Rz. 141) ist beim Teilamortisationsvertrag die Zurechnung beim Leasingnehmer vorzunehmen, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:

- *Grundmietzeit und betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer stimmen fast überein*
- *der Leasingnehmer trägt das Risiko der Wertminderung und die Chance der Wertsteigerung*
- *im Fall einer Kaufoption ist diese niedriger als der Verkehrswert.*

⁵⁷ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 30.

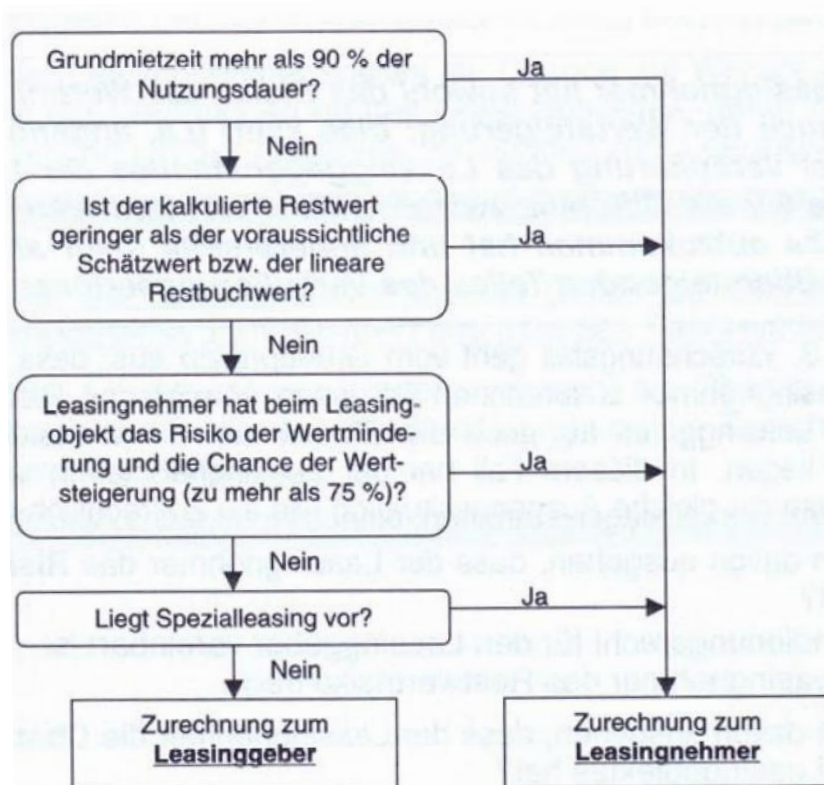


Abbildung 8: Zurechnungsregeln bei Teilamortisationsleasing⁵⁸.

3.3.2 Umsatzsteuer

Die umsatzsteuerliche Behandlung deckt sich mit der einkommensteuerrechtlichen Behandlung. Für den Fall, dass der Leasinggegenstand dem Leasinggeber zugerechnet wird, ist von einer sogenannten "sonstigen Leistung" auszugehen. Daher ist die Abfuhr der Umsatzsteuer im Voranmeldungszeitraum vorzunehmen, der auf diesen Zeitraum entfällt. Wenn die Zurechnung des Leasingobjekts auf den Leasingnehmer fällt, spricht man von einer Lieferung im Sinne des § 3 Abs. 1 UStG. Dies bedeutet, dass der Vertrag sofort in Höhe des jeweiligen Normalsteuersatzes (dzt. 20%) zur Gänze der Umsatzsteuer unterliegt⁵⁹. Der Leasingnehmer kann die vom Leasinggeber in Rechnung gestellte Umsatzsteuer als Vorsteuer geltend machen (sofern er Unternehmer im Sinne des Umsatzsteuergesetzes ist). Bei PKW und Motorrädern sind nur gewerbliche Vermieter, gewerbliche Personenbeförderer, KFZ-Händler und Fahrschulen vorsteuerabzugsberechtigt⁶⁰.

⁵⁸ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 221.

⁵⁹ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 242f.

⁶⁰ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 32.

3.4 Gebühren-Gesetz

Da der Leasingvertrag ein Bestandsvertrag ist, unterliegt er der Rechtsgeschäftsgebühr. Diese beträgt 1% der Bemessungsgrundlage. Zur Bemessungsgrundlage zählen die Summe der Leasingentgelte (inkl. USt), vertragsbezogene, schätzbare Nebenleistungen und nicht rückzahlbare Leasingsonderzahlungen⁶¹.

3.5 Exkurs: Normverbrauchsabgabe

Da es im Kapitel 5 dieser Arbeit um Leasingverträge mit Leasinggegenstand Kraftfahrzeuge geht, wird vollständigshalber auch die NOVA erwähnt. Die NOVA ist bei Neufahrzeugen an das zuständige Finanzamt zu entrichten. Der durchschnittliche Verbrauch ist maßgeblich für die Berechnung bei Autos. Aus der Berechnung ergibt sich der Steuersatz, dieser Prozentsatz wird vom Nettoeinkaufspreis berechnet⁶². Im Falle von Leasing ist der Leasinggeber zur Berechnung und Abfuhr der NOVA verpflichtet⁶³.

3.6 Verbuchung und Bilanzierung von Leasingfinanzierungen nach österreichischen Vorschriften

Die Bilanzierung einer Leasingfinanzierung richtet sich nach der jeweiligen Zuordnung des Leasingobjektes. Für die buchhalterische Behandlung von Leasingfinanzierungen können folgende Arten von Leasingverträgen definiert werden:

- Operating- und Finanzierungsleasingverträge, die auch steuerlich dem Leasinggeber zuzurechnen sind, werden durch den Leasinggeber aktiviert
- Finanzierungsleasingverträge, die aufgrund des wirtschaftlichen Eigentums dem Leasingnehmer zugerechnet werden, werden auch beim Leasingnehmer aktiviert⁶⁴.

⁶¹ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 33 und Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 264.

⁶² vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 264.

⁶³ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 35.

⁶⁴ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 265 ff.

Vollständigkeitshalber wird sowohl auf die theoretische Bilanzierung beim Leasingnehmer als auch beim Leasinggeber eingegangen. Im praktischen Teil (Kapitel 5) erfolgt die Behandlung nur aus der Sicht des Leasingnehmers.

3.6.1 Bilanzierung bei Zurechnung des Objektes zum Leasinggeber

3.6.1.1 Verbuchung beim Leasinggeber

Die Aktivierung des Objektes erfolgt beim Leasinggeber, wenn das Leasingobjekt dem Leasinggeber zugerechnet wird. Folgende Vorgehensweise muss der Leasinggeber bei der Verbuchung und Bilanzierung beachten:

- Aktivierung des Nettoanschaffungswertes des Wirtschaftsgutes. Die bezahlte Umsatzsteuer wird gegenüber dem Finanzamt als Vorsteuer geltend gemacht, vorausgesetzt, dass der Unternehmer vorsteuerabzugsberechtigt ist⁶⁵.

Soll	Haben
Anlagenkonto Vorsteuer	Lieferverbindlichkeiten

- Die Nettoleasingraten verbucht der Leasinggeber als Erlös. Die Umsatzsteuer leitet er an das Finanzamt weiter⁶⁶.

Soll	Haben
Kundenforderungen	Umsatzerlöse Leasing Umsatzsteuer

⁶⁵ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 25.

⁶⁶ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 25.

- Der Leasinggeber hat auch laufende Aufwendungen zu verbuchen wie zum Beispiel die Absetzung für die Abschreibung (AfA) oder den Zinsaufwand⁶⁷.

Soll	Haben
Planmäßige Abschreibung	Anlagenkonto

Soll	Haben
Zinsaufwand der Refinanzierung	Verbindlichkeiten aus Refinanzierung

3.6.1.2 Verbuchung bei Leasingnehmer

Wenn das Leasingobjekt dem Leasinggeber zugerechnet wird, ist die Vorgehensweise für die Verbuchung beim Leasingnehmer wie folgt:

- Der Leasingnehmer hat die Nettoleasingraten als steuerlich abzugsfähigen Aufwand (Betriebsausgabe) zu verbuchen. Die Umsatzsteuer kann er als Vorsteuer gegenüber dem Finanzamt geltend machen⁶⁸. Ist der Leasingnehmer kein Unternehmer im Sinne des Umsatzsteuergesetzes, darf er die Vorsteuer nicht geltend machen (siehe Kapitel 3.3.2).

Soll	Haben
Leasing Vorsteuer	Lieferverbindlichkeiten

3.6.1.2.1 Ausnahmen bei PKW und Kombi

Bei Leasinggeschäften mit PKW und Kombi darf nur eine achtjährige Abschreibung für Abnutzung als Aufwand geltend gemacht werden. Eine schnellere Abschreibung über Leasingverträge soll so verhindert werden⁶⁹. Von dieser Regelung ausgenommen sind Fahrschulfahrzeuge und Kfz, die mind. 80% der gewerblichen Personenbeförderung dienen. Wenn die Leasingrate (der Tilgungsanteil) die Abschreibung übersteigt, ist für die Differenz ein Aktivposten anzusetzen. So wird gewährleistet, dass der Leasingnehmer mehr als ertragswirk-

⁶⁷ vgl. Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften, 2003, S. 25.

⁶⁸ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S 273.

⁶⁹ vgl. Beiser, 2006, S. 139.

samen Aufwand absetzt, als dies der Fall wäre, wenn er selbst das Fahrzeug bilanzieren würde⁷⁰. In der Praxis wird üblicherweise kein Aktivposten angesetzt, sondern die Differenz im Rahmen einer Mehr-Weniger-Rechnung (Differenz zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz) aufgezeigt.

Zu beachten sind auch die Ausnahmen hinsichtlich der Umsatz-/Vorsteuer für Kfz (siehe Kapitel 3.3.2).

- Grundsätzlich wird das Leasinggut nicht aktiviert und die Verpflichtungen aus dem Leasingvertrag werden nicht passiviert. Das Rechnungslegungsgesetz bestimmt, dass bestimmte Angaben über schwebende Geschäfte im Anhang zum Jahresabschluss anzuführen sind⁷¹.

3.6.2 Bilanzierung bei Zurechnung des Objektes zum Leasingnehmer

3.6.2.1 Verbuchung beim Leasinggeber

Wenn der wirtschaftliche Eigentümer des Leasingobjektes der Leasingnehmer ist, ergeben sich die nachstehenden Buchungen beim Leasinggeber:

- Der Leasinggeber kauft den Leasinggegenstand an, verkauft ihn an den Leasingnehmer und verbucht den Wareneinsatz

Soll	Haben
Zu veräußernde Leasinggegenstände	Lieferverbindlichkeiten
Vorsteuer	
Soll	Haben
Kundenforderungen	Leasingverkaufserlöse
	Umsatzsteuer

Soll	Haben
Wareneinsatz	Zu veräußernde Leasinggegenstände

Es erfolgt keine Aktivierung des Leasinggutes, es darf auch keine Abschreibung angewandt werden⁷².

⁷⁰ vgl. Haeseler & Greßl, 2007, S. 67.

⁷¹ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 273.

⁷² vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 279.

3.6.2.2 Verbuchung beim Leasingnehmer

Der Leasingnehmer aktiviert den Leasinggegenstand in seinem Anlagevermögen. Der Kaufpreis ist das gesamte Leasingentgelt. Aktivierung erfolgt nur über den Barwert (=Anschaffungswert) des Leasingentgeltes. Der Zinsaufwand wird gesondert verbucht⁷³.

Soll	Haben
Anlagenkonto Zinsaufwand Vorsteuer	Lieferverbindlichkeiten

Die vorgeschriebene Umsatzsteuer ist an den Leasinggeber sofort zu begleichen.

Soll	Haben
Lieferverbindlichkeiten	Bank

Der Leasingnehmer ist auch berechtigt die Absetzung für die Abnutzung steuerlich geltend zu machen.

Soll	Haben
Planmäßige Abschreibung	Anlagenkonto

Da der gesamte Zinsaufwand beim Kauf des Leasinggutes verbucht wird, muss dieser im Jahr des Vertragsabschlusses abgegrenzt werden und in den Folgejahren durch Umkehren der Buchung aufgelöst werden⁷⁴.

Soll	Haben
Aktive Rechnungsabgrenzung	Zinsaufwand

⁷³ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 285 ff.

⁷⁴ vgl. Kuhnle und Kuhnle-Schadn, 2005, S. 287.

Die Lieferverbindlichkeit des Leasingnehmers wird durch die Bezahlung der Leasingraten verringert.

Soll	Haben
Lieferverbindlichkeit	Bank

3.7 Angaben im Anhang

Gemäß § 237 Z 8 UGB ergibt sich eine Verpflichtung zu Anhangangaben, wonach der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz ausgewiesen und auch nicht nach § 199 anzugeben sind, gesondert anzuführen sind. Davon betroffen sind auch Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen (§ 224 Abs. 2 A II), der Gesamtbetrag des folgenden Geschäftsjahres und der Gesamtbetrag der folgenden fünf Jahre ist anzugeben⁷⁵.

3.8 Kritische Betrachtung der nationalen Rechnungslegung

"Während die Verwaltungspraxis eine eher großzügige Linie handhabt, ist die Rechtsprechung zwischenzeitlich deutlich strenger und nimmt häufig eine Zurechnung des Wirtschaftsgutes an den Leasingnehmer vor. Die Vorgehensweise des VwGH zielt zwecks Bestimmung der Zurechnung des Leasingobjektes auf das Gesamtbild der wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Dies führt in der Praxis dazu, dass man sich der Einfachheit halber und mangels fehlender gesetzlicher Grundlagen an den Richtlinien der Einkommensteuererlässe orientiert; gleichzeitig hat man aber stets zu befürchten, dass die gewählte Konstruktion einer allfälligen Prüfung durch den Verwaltungsgerichtshof nicht standhält⁷⁶." In der Praxis ergeben sich unterschiedliche Klassifizierungen von Leasingverträgen. Hintergrund ist, dass es keine definitive gesetzliche Regelung gibt. Die Zurechnung gemäß den ESTR 2000 ist nicht bindend⁷⁷.

Zusätzlich ist kritisch anzusehen, dass sich die unternehmensrechtliche Bilanzierungspraxis aufgrund fehlender gesetzlicher Regelungen an den ESTR orientiert. Die primäre Funktion der Handelsbilanz ist der Gläubigerschutz, die

⁷⁵ vgl. Egger, Samer & Bertl, 2008, S. 414.

⁷⁶ Schachner, 2007, S. 299.

⁷⁷ vgl. Müller, 2009, S. 69.

Steuerbilanz hat die Steuerbemessung als Hauptfunktion. Somit ist die genannte Vorgehensweise als bedenklich anzusehen⁷⁸.

⁷⁸ Müller, 2009, S. 69.

4 Grundlagen der Rechnungslegung nach US GAAP

International anerkannte Institutionen haben Grundlagen und Standards für die Bilanzierungspraxis entwickelt um die Jahresabschlüsse und die Methoden der Rechnungslegung zu harmonisieren. Die wichtigste Institution für die USA ist das Financial Accounting Standards Board, der die Generally Accepted Accounting Standards ausgearbeitet hat⁷⁹. Für die GAAP gibt es zwar keine gesetzliche Definition, jedoch besitzen sie durch die Anerkennung der nationalen Börsenaufsichtsbehörde (Security and Exchange Commission -SEC) praktisch Gesetzeskraft⁸⁰. Diese fordert von US-amerikanischen, börsennotierten Unternehmen die Aufstellung der Jahresabschlüsse nach US GAAP⁸¹.

4.1 Normenerzeugende Institution (Financial Accounting Standards Board (FASB))

Der Financial Accounting Standards Board wurde 1973 gegründet. Seither ist er die wichtigste Institution zur Erzeugung von GAAP. Seine Mission ist die Erarbeitung und Verbesserung von Standards zur Rechnungslegung und Berichterstattung. Diese sollen den Investoren und anderen Interessierten bei Entscheidungen behilflich sein. Der Board besteht aus sieben hauptberuflich tätigen Mitgliedern, diese werden für jeweils 5 Jahre vom *Foundation's Board of Trustees* bestellt⁸².

4.2 Leasing nach US-GAAP

Zum Thema Leasing gibt es sehr viele Vorschriften und Stellungnahmen. Folgende Vorschriften behandeln diesen Bereich: SFAS 13, 22, 23, 27, 28, 76, 77, 91, 94, 98, 109, 125 sowie diverse FINs, FTBs, EITF. Die wichtigste Vorschrift ist die SFAS 13. Dort wird Leasing als "an agreement conveying the right to use property, plant, or equipment (land or depreciable assets or both) usually for a stated period of time⁸³" definiert.

⁷⁹ vgl. Kuhnle und Kuhnle-Schadn, 2005, S. 294.

⁸⁰ vgl. Born, 2005, S. 198.

⁸¹ vgl. Haeseler und Greßler, 2007, S. 89.

⁸² vgl. FASB: URL: <<http://www.fasb.org/jsp/FASB/Page/SectionPage&cid=1176154526495>>, verfügbar am 29.12.2011.

⁸³ SFAS 13.1.

4.3 Klassifikation von Leasingverträgen im SFAS 13

SFAS 13.6. unterscheidet grundsätzlich zwischen

- capital leases (Finanzierungsleasing) und
- operating leases.

Für die Klassifizierung ausschlaggebend ist die wirtschaftliche Betrachtungsweise (substance over form), d.h. welche Vertragspartei im wesentlichen alle Chancen und Risiken trägt⁸⁴.

1. Leasingnehmer

Capital Lease liegt vor, wenn mindestens ein Punkt, der in SFAS 13.7 genannten Kriterien erfüllt ist:

- am Ende des Leasingzeitraums (lease term) wird das Eigentum (ownership) am Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer übertragen
- der Leasingvertrag enthält eine Option, den Leasinggegenstand zu einem Preis zu übernehmen, der deutlich unter dem Verkehrswert (fair value) liegt, die Ausübung der Option ist relativ sicher (bargain purchase option)
- der Leasingzeitraum ist 75% oder mehr der geschätzten gewöhnlichen Nutzungsdauer (estimated economic life)
- der Barwert der Mindestleasingraten (minimum lease payments) am Vertragsbeginn beträgt mind. 90% des Verkehrswerts (fair value) des Leasinggegenstands

⁸⁴ vgl. Born, 2005, S. 253.

Trifft kein Punkt zu, liegt ein Operating Lease vor⁸⁵.

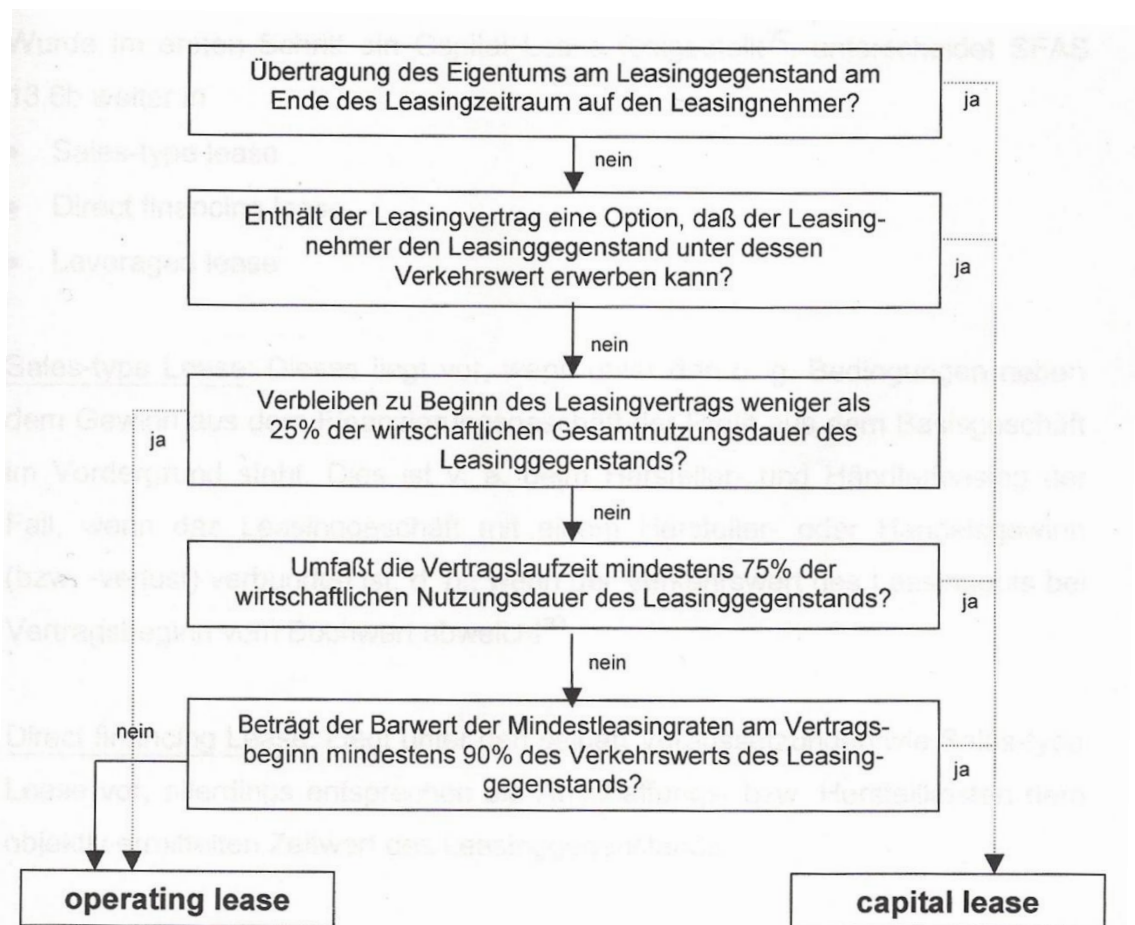


Abbildung 9: Klassifizierung von Leasingverträgen aus der Sicht des Leasingnehmers⁸⁶.

⁸⁵ vgl. SFAS 13.7.

⁸⁶ vgl. Selchert & Erhardt, 2003, S. 230.

2. Leasinggeber

Die gleichen Kriterien gelten auch für den Leasinggeber. Zusätzlich müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

- die Leasingzahlungen sind nach vernünftiger Einschätzung voraussichtlich einbringlich
- bezüglich der an den Leasingnehmer weiterbelastbaren Kosten aus dem Leasinggeschäft gibt es keine wesentlichen Unsicherheiten⁸⁷ und
- der Verkehrswert muss dem Buchwert des Leasinggegenstandes beim Leasinggeber entsprechen⁸⁸.

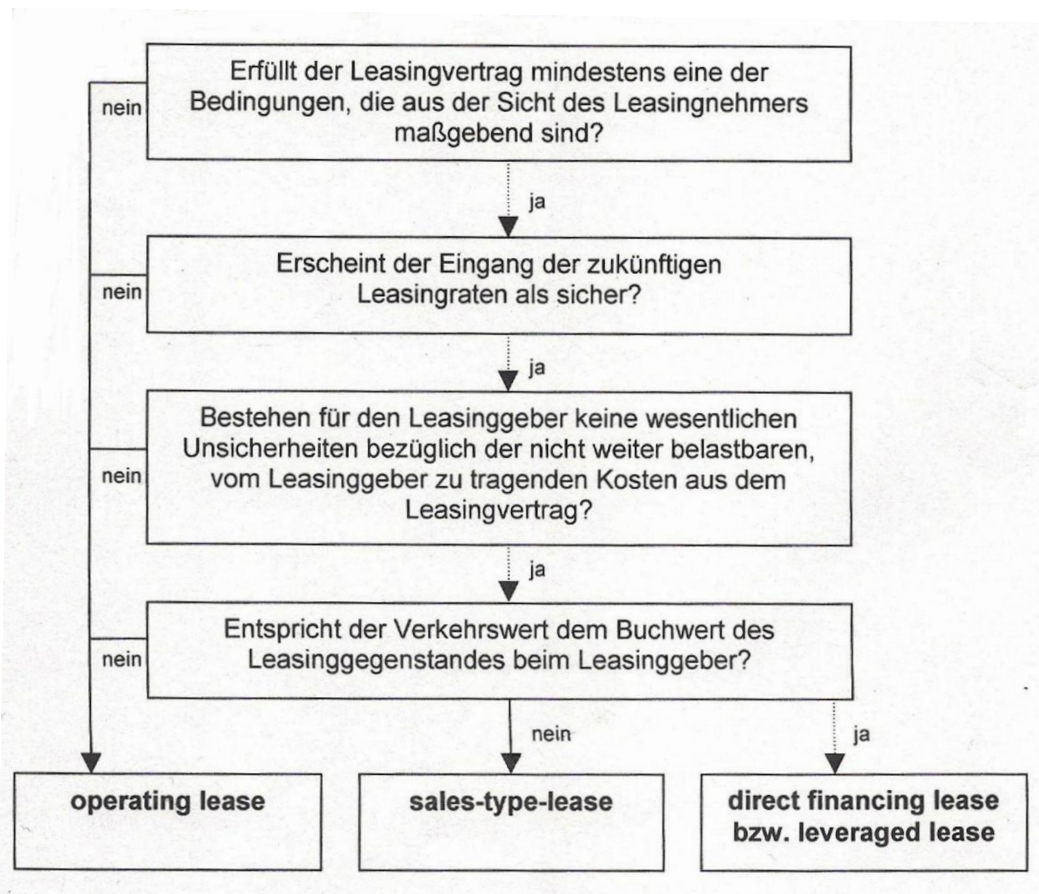


Abbildung 10: Klassifizierung von Leasingverträgen aus der Sicht des Leasinggebers⁸⁹.

⁸⁷ vgl. SFAS 13.8.

⁸⁸ vgl. Selchert & Erhardt, 2003, S. 231.

⁸⁹ vgl. Selchert & Erhardt, 2003, S. 231.

4.4 Zurechnungskriterien im Detail

4.4.1 *Transfer of ownership (automatischer Eigentumsübergang)*

Wenn nach der vereinbarten Grundmietzeit sowie der danach gegebenenfalls in Anspruch genommenen Dauer der Mietverlängerungsoption das rechtliche Eigentum des Leasinggegenstandes auf den Leasingnehmer übertragen wird, spricht man von *transfer of ownership*⁹⁰. Die Eigentumsübertragung kann auch in einer Nebenvereinbarung geregelt sein. Leasingverhältnisse, die das Kriterium *transfer of ownership* erfüllen, werden grundsätzlich als Finance Lease klassifiziert⁹¹. Leasingverträge, bei denen Kündigungsvereinbarungen getroffen wurden, bilden eine seltene Ausnahme hiervon. Die Übertragung der wesentlichen Chancen und Risiken muss nicht zu Vertragsbeginn erfolgen um den Leasinggeschäftsfall als Capital Lease zu klassifizieren - das beweist das Kriterium *transfer of ownership*. Der Zeitpunkt der Eigentumsübertragung ist unwesentlich. Die Tatsache, dass der Leasinggeber von der Verfügungsmacht und damit vom Nutzenpotential dauerhaft ausgeschlossen ist, ist maßgeblich⁹².

4.4.2 *Bargain purchase option (günstige Kaufoption)*

Der Leasingnehmer hat das Recht das Leasingobjekt nach Ablauf der Grundmietzeit zu einem bei Vertragsabschluss bereits festgelegten Kaufpreis zu erwerben, sofern ihm eine Kaufoption eingeräumt wurde⁹³. Aus rechtlicher Sicht besteht keine Pflicht das Leasingobjekt zu kaufen, jedoch aus der Sicht des Grundsatzes "substance over form" ein ökonomischer Zwang zum Erwerb.

Wenn der vereinbarte Kaufpreis wesentlich unter dem Verkehrswert (beizulegender Zeitwert) liegt, zählt der Kaufpreis zu den Mindestleasingzahlungen. Der Verkehrswert zum Zeitpunkt der Optionsausübung sollte aufgrund der in der Vergangenheit eingetretenen Wertentwicklungen und der in der Zukunft zu erwartenden Marktentwicklung angenommen werden. Kann der voraussichtliche Verkehrswert zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht hinreichend geschätzt werden, setzt man in der Praxis hilfsweise den linearen Restbuch-

⁹⁰ vgl. SFAS 13.7a.

⁹¹ vgl. Hayn & Waldersee, 2008, S. 138f.

⁹² vgl. Kümpel & Becker, 2006, S. 23.

⁹³ vgl. VÖL: URL: <http://www.leasingverband.at/Download/Leitfaden_neu.pdf>, verfügbar am 29.12.11.

wert als kalkulatorischen Restwert an. Wenn die Werte über Händler-Einkaufspreis liegen, kann davon ausgegangen werden, dass diese dem voraussichtlichen Verkehrswert entsprechen. Unterschiede zu den publizierten Werten (z.B. Eurotax) können bei individueller Begründung zulässig sein⁹⁴.

4.4.3 Estimated economic life (wirtschaftliche Nutzungsdauer)

Die wirtschaftliche Nutzungsdauer eines Leasinggutes ist jener Zeitraum, in dem das Objekt voraussichtlich von einem oder mehreren Nutzern wirtschaftlich nutzbar ist bzw. die geschätzte Restperiode, in der das Objekt voraussichtlich wirtschaftlich nutzbar ist. Lässt sich die Nutzungsdauer aus Erfahrungswerten nicht objektiv schätzen, kann (der österreichische Leasingnehmer) hilfsweise die üblichen Abschreibungsdauern nutzen⁹⁵.

SFAS 13.7c bestimmt, dass es sich um Capital Lease handelt wenn die Dauer der Vertragslaufzeit inkl. Mietverlängerungsoption mindestens 75% der wirtschaftlichen Nutzungsdauer entspricht.

4.4.4 Minimum lease payments (Mindestleasingzahlungen)

Mindestleasingzahlungen sind alle Zahlungen, die der Leasingnehmer während der Grundmietzeit leisten muss bzw. zu denen er herangezogen werden kann. Kosten für Dienstleistungen und Steuern, die der Leasinggeber verauslagt und sie ihm von Leasingnehmer erstatten werden, gehören nicht dazu. Aus der Sicht des Leasingnehmers sind die Mindestleasingzahlungen somit alle Zahlungen, die der Leasinggeber von ihm während der Grundmietzeit verlangen kann. Zu den Mindestleasingzahlungen gehören unter anderem die vereinbarten Leasingraten und Leasingsonderzahlungen, der garantierte Restwert sowie der als günstig zu qualifizierende Optionspreis einer Kaufoption. SFAS 13.7 schreibt vor, dass der Leasingnehmer den Barwert der Mindestleasingzahlungen basierend auf dem Fremdgrenzkapitalzinssatz zu kalkulieren hat, es sei denn, dem Leasingnehmer ist der interne Zinsfuß des Leasinggebers bekannt

⁹⁴ vgl. VÖL: URL: <http://www.leasingverband.at/Download/Leitfaden_neu.pdf>, verfügbar am 29.12.11.

⁹⁵ vgl. VÖL: URL: <http://www.leasingverband.at/Download/Leitfaden_neu.pdf>, verfügbar am 29.12.11.

und der interne Zinsfuß des Leasinggebers liegt unter dem Fremdgrenzkapitalzinssatz⁹⁶.

4.5 Verbuchung und Bilanzierung von Leasing nach US GAAP

4.5.1 Bilanzierung bei Zurechnung des Objektes zum Leasinggeber

4.5.1.1 Verbuchung beim Leasinggeber

Das Leasingobjekt wird im Anlagevermögen des Leasinggebers bilanziert. Die Abschreibung erfolgt gemäß den üblichen Abschreibungsgrundsätzen des Leasinggebers. Die Leasingeinnahmen werden bei Fälligkeit als Erlös gezeigt⁹⁷.

4.5.1.2 Verbuchung beim Leasingnehmer

Der Leasingnehmer erfasst die Leasingraten bei Fälligkeit grundsätzlich linear als Aufwand über die Leasinglaufzeit⁹⁸. In der Bilanz entsteht weder ein Aktiv- noch ein Passivposten in diesem Zusammenhang⁹⁹.

4.5.2 Bilanzierung bei Zurechnung des Objektes zum Leasingnehmer

4.5.2.1 Verbuchung beim Leasinggeber

Der Leasinggeber muss die Summe der Minimum Lease Payments als Forderung verbuchen. Nicht garantierte Restwerte sind gesondert zu erfassen und zumindest jährlich auf Werthaltigkeit zu überprüfen. Eine Wertminderung ist sofort zu erfassen und es ist festzustellen ob die Minderung langfristig ist. Anpassungen nach oben sind nicht erlaubt¹⁰⁰.

4.5.2.2 Verbuchung beim Leasingnehmer

Der Leasingnehmer aktiviert die Leasingfinanzierung im Anlagevermögen und passiviert die Leasingverbindlichkeit. Die Höhe der Verbindlichkeit ist der Barwert der Minimum Lease Payments oder im Falle, dass dieser höher als der Verkehrswert ist, der Verkehrswert selbst. Es werden die darin enthaltenen Nebenkosten wie z.B. Versicherung, Wartung, vom Leasinggeber zu zahlende

⁹⁶ vgl. VÖL: URL: <http://www.leasingverband.at/Download/Leitfaden_neu.pdf>, verfügbar am 29.12.11.

⁹⁷ SFAS 13.19.

⁹⁸ SFAS 13.15.

⁹⁹ vgl. Förchle, Schmidt & Bacher, 1996, S. 15.

¹⁰⁰ SFAS 13.17.

Steuern und dem Leasinggeber zustehende Gewinnanteile nicht berücksichtigt¹⁰¹. Die Abschreibung richtet sich nach den üblichen Abschreibungsgrundsätzen des Leasingnehmers und erfolgt demzufolge linear wenn das Eigentum am Leasinggut am Ende des Leasingvertrags auf den Leasingnehmer übergeht oder der Vertrag eine Kaufoption enthält. In allen anderen Fällen ist die Abschreibungsdauer ident mit der Grundmietzeit¹⁰².

4.6 Angaben im Anhang

Wenn Leasing das Hauptgeschäftsfeld des Leasinggebers ist, hat er umfangreiche Angaben über nachstehende Vertragsinhalte in den *footnotes* zu machen:

- bei sales-type and direct financing leases: alle Komponenten des net investment inklusive erwarteter minimum lease payments, des nicht garantierten Restwerts (unguaranteed residual value), der unrealisierten Erträge (unearned income) und der Wertberichtigung wegen Uneinbringlichkeit (allowance for uncollectibles)
- bei operate leases: der Buchwert der Leasingobjekte nach Anlagenklassen unterteilt und die kumulierte Abschreibung dieser Objekte
- eine allgemeine Beschreibung der wesentlichen Leasingvereinbarungen
- die erwarteten zukünftigen Leasingragten kumuliert und für jedes der nächsten 5 Jahre¹⁰³.

Welche Angaben der Leasingnehmer im Anhang offenlegen muss, ist im SFAS 13.16 geregelt. Diese sind:

- der Bruttobetrag der aktivierten Leasinggegenstände nach den wichtigsten Anlagenklassen unterteilt,
- die kumulierten Mindest-Leasingverpflichtungen pro Jahr für die nächsten 5 Jahre,
- eine allgemeine Beschreibung der wesentlichen Leasingvereinbarungen¹⁰⁴.

¹⁰¹ SFAS 13.10.

¹⁰² SFAS 13.11.

¹⁰³ SFAS 13.23.

¹⁰⁴ SFAS 13.16.

4.7 Entwicklungen in der internationalen Rechnungslegung

Das US Financial Accounting Standards Board (FASB) und das International Accounting Standards Board sind bemüht, Konvergenz zwischen den US-GAAP und den IAS/IFRS herzustellen¹⁰⁵. Dieses Abkommen nennt sich Memorandum of Understanding und dient zur Harmonisierung der beiden Standards der Rechnungslegung. Durch dieses und weitere Abkommen wurden die Rechnungslegungsstandards bereits angenähert, sodass die US-amerikanische "Securities and Exchange Commission" (SEC) seit 2007 auf eine Überleitungsrechnung verzichtet, wenn das ausländische Unternehmen einen IFRS-Abschluss vorlegt. Auf der Agenda steht auch die Leasingbilanzierung, und zwar schon seit 2006 und stellt somit eines der gemeinsamen Projekte von FASB und IASB dar¹⁰⁶. Am 19.3.2009 wurde das Discussion Paper "Leases: Preliminary Views" veröffentlicht. Diesem folgten diverse Exposure Drafts "Leases", der aktuellste ist vom 17.8.2010 und konnte bis 15.12.2010 kommentiert werden¹⁰⁷. Nachdem die Entwürfe mit heftiger Kritik angenommen wurden, haben die Boards im Juli 2011 beschlossen neuerlich einen Entwurf zu gestalten¹⁰⁸. Da bis heute kein neuer Entwurf veröffentlicht wurde, ist das Inkrafttreten der neuen Bilanzierung in weite Ferne gerückt.

4.7.1 Exposure Draft Leases

Das Ziel des ED Leases ist es die Grundsätze für Leasingnehmer und Leasinggeber festzulegen, die den Jahresabschlussadressaten relevante und richtige Informationen über die Höhe, den Zeitpunkt und die Unsicherheit der Cash-flows aus Leasinggeschäften bringen sollen¹⁰⁹. Das vorgeschlagene Right-of-Use Modell soll viele Probleme existierender Standards lösen. Durch die Anwendung dieses Modells werden Vermögen und Verbindlichkeiten aller Lea-

¹⁰⁵ vgl. Fülbier/Fehr, 2009, Seite 673ff.

¹⁰⁶ vgl. FASB: URL: <http://www.fasb.org/intl/MOU_09-11-08.pdf>, verfügbar am 29.12.2011.

¹⁰⁷ vgl. FASB: URL:

<<http://www.fasb.org/cs/BlobServer?blobcol=urldata&blobtable=MungoBlobs&blobkey=id&blobwhere=1175823559205&blobheader=application%2Fpdf>>, verfügbar am 18.04.2012.

¹⁰⁸ vgl. Deloitte: URL: <<http://www.deloitteaccounting.at/>>, verfügbar am 19.04.2012.

¹⁰⁹ vgl. FASB: URL:

<<http://www.fasb.org/cs/BlobServer?blobcol=urldata&blobtable=MungoBlobs&blobkey=id&blobwhere=1175823559205&blobheader=application%2Fpdf>>, S. 15, verfügbar am 18.04.2012.

singverhältnisse aufgezeigt werden. Das wird die Vergleichbarkeit der Informationen für Adressaten der Jahresabschlüsse erhöhen und führt auch zur Reduktion der Möglichkeit Transaktionen entsprechend der gewünschten Zuordnung (finance/operating lease) zu gestalten¹¹⁰. Somit entfällt die Einteilung in finance und operating lease zur Gänze. Durch die Anwendung des Right-of-use Modells wird sich die Darstellung für die heutigen operating leases völlig ändern.

4.7.1.1 Right-of-use Modell (Recht-auf-Nutzung Modell)

Leasinggegenstände sollen nicht mehr als körperliche Vermögensgegenstände dem wirtschaftlichen Eigentümer zugerechnet werden, sondern es erfolgt die Aktivierung eines Nutzungsrechtes beim Leasingnehmer¹¹¹. Das Ziel ist die einheitliche Bilanzierung von allen Leasingverhältnissen.

Der Leasingvertrag soll in die einzelnen Pflichten und Recht aufgespalten und in der Bilanz erfasst werden¹¹². Somit ergibt die Bilanzierung eines einfachen Leasingverhältnisses in Zukunft eine Vielzahl von Buchungen beim Leasingnehmer.

4.8 Auswirkungen auf die Bilanzkennzahlen

Wenn das Leasingobjekt dem Leasinggeber zugerechnet wird, wird es auch beim Leasinggeber aktiviert. Das bedeutet, dass der Leasinggegenstand im Anlagevermögen aufscheint¹¹³. Aus diesem Grund können die Bilanzkennzahlen beeinflusst werden.

4.8.1 Kennzahlen aus dem Verhältnis von Vermögens- und Kapitalstruktur

Anlagendeckungsgrad I und II drücken aus wie viel Prozent des langfristig gebundenen Vermögens durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital finan-

¹¹⁰ vgl. FASB: URL:

<<http://www.fasb.org/cs/BlobServer?blobcol=urldata&blobtable=MungoBlobs&blobkey=id&blobwhere=1175823559205&blobheader=application%2Fpdf>>, S. 69, verfügbar am 18.04.2012.

¹¹¹ vgl. Leibfried & Rogowski, 2005, S. 552.

¹¹² vgl. Schulz, 2008, S. 179f.

¹¹³ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 292.

ziert wird. Bei Nichtausweis einer Leasingfinanzierung in der Bilanz werden diese Kennzahlen verzerrt und ein Bonitätsrating würde besser ausfallen¹¹⁴.

4.8.2 Kennzahl der Vermögensstruktur

Die Kennzahl Anlagenintensität gibt an welchen Anteil das Anlagevermögen am Gesamtvermögen einnimmt und gibt somit einen Einblick in die Vermögenslage des Unternehmens. Bei Nichtbilanzierung einer Leasingverpflichtung wird die Anlagenintensität niedriger ausgewiesen und könnte daher zu negativen Schlüssen führen wie z.B. mangelnde Erneuerung des Anlagenvermögens¹¹⁵.

4.8.3 Kennzahlen der Kapitalstruktur

Die Eigenkapitalquote weist das Eigenkapital in Prozent zur Bilanzsumme aus. Je höher die Quote, desto liquiditätsschonender arbeitet ein Unternehmen. Wird eine Leasingfinanzierung nicht berücksichtigt, verbessert sich die Eigenkapitalquote und damit das Bonitätsrating¹¹⁶.

Der Verschuldungsgrad ist der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital. Je höher der Wert ist, desto mehr steigt Abhängigkeit des Unternehmens von Fremdkapitalgebern. Der Verschuldungsgrad ist eine wichtige Kennzahl für Kreditentscheidungen. Bleibt eine Leasingfinanzierung unberücksichtigt, weist der Verschuldungsgrad einen niedrigeren Wert auf¹¹⁷.

4.8.4 Rentabilitätskennzahlen

Die Kennzahl Gesamtkapitalrentabilität zeigt wie das im Unternehmen eingesetzte Gesamtkapital arbeitet. Leasingfinanzierungen beeinflussen diese Kennzahl nur geringfügig. Ebenso wenig wird die Kennzahl Umsatzrentabilität von Leasingfinanzierungen beeinflusst¹¹⁸.

¹¹⁴ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 373 ff.

¹¹⁵ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 374.

¹¹⁶ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 375.

¹¹⁷ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 375.

¹¹⁸ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 375ff.

5 Nähere Betrachtung der Rechnungslegung von Leasinggeschäften in einem amerikanischen Unternehmen mit Sitz in Wien (Leasingnehmer)

In diesem Kapitel wird anhand von einem Beispiel aus der Praxis erläutert wie die aktuelle Rechnungslegung in Österreich und auch nach US GAAP aussieht. Zusätzlich soll dargestellt werden wie sich die Rechnungslegung nach den Änderungen in US GAAP verändert und wie sich dieses Unternehmen auf diese Änderungen vorbereiten kann.

5.1 Die Leasingbeteiligten

Beim Leasingnehmer handelt es sich um ein Tochterunternehmen eines US-amerikanischen Konzerns, in dem ich seit 3 Jahren tätig bin. Die Muttergesellschaft verlangt von allen ihren Tochterfirmen, dass sie Jahresabschlüsse gemäß US GAAP erstellen. Zusätzlich muss natürlich die lokale Gesetzgebung beachtet werden und in diesem Fall Abschlüsse nach UGB und den geltenden Steuervorschriften erstellt werden. Die Differenzen zwischen diesen Bilanzierungsarten sind oft kompliziert und mit viel Aufwand verbunden, jedoch hat man bis dato eine gute Lösung für dieses Problem gefunden. Ob und welche Änderungen sich eventuell zusätzlich aus US GAAP für dieses Beispielsunternehmen ergeben, wird in diesem Abschnitt geklärt.

Der Leasinggeber ist ein Unternehmen, das in 30 Ländern vertreten und besonders auf Fuhrparkmanagement spezialisiert ist.

5.2 Die Leasingobjekte

Im Beispielsunternehmen gibt es durchschnittlich 70 Firmen-PKWs. Diese werden vor allem von Mitarbeitern im Außendienst verwendet. Sie werden im Durchschnitt 4 Jahre gefahren, danach wird ein neuer Vertrag abgeschlossen. Bei diesem Leasinggeschäft handelt es sich nicht um reines KFZ-Leasing. Es werden weitere Leistungen vom Leasinggeber erbracht, so dass man vom umfassenden Fuhrparkmanagement sprechen kann. Da diese Arbeit ausschließlich das Thema Leasing bearbeitet, wird auf die weiteren Leistungen nicht näher eingegangen.

5.3 Der Rahmenvertrag

Vor etwa 14 Jahren wurde ein Rahmenvertrag mit dem oben erwähnten Leasingunternehmen abgeschlossen. Es wurde auch ein Management und Cont-

rolling-Vertrag abgeschlossen, der Zusatzdienstleistungen beinhaltet. In dieser Arbeit wird nur der Leasingvertrag behandelt.

Nachstehend die wichtigsten Vereinbarungen aus dem Rahmenvertrag:

Allgemeine Vertragsbedingungen:

- Für jeden PKW ist ein Einzelvertrag abzuschließen.
- Der Rahmenvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann von beiden Vertragsparteien ohne Einhaltung einer Frist durch eingeschriebenen Brief jederzeit gekündigt werden. Davon unberührt bleiben laufende Einzelverträge. Diese gelten weiter bis zum Ablauf der für jeden Einzelvertrag vereinbarten Vertragsdauer¹¹⁹.

Vertragsabschluss

- Ein Einzelvertrag kann erst abgeschlossen werden, wenn die dazugehörigen Rahmenverträge von beiden Parteien unterzeichnet sind.
- Der Einzelvertrag beginnt entweder mit dem Datum der behördlichen Zulassung oder bei bereits behördlich zugelassenen Fahrzeugen mit der Annahme der Betreuung.
- Die monatliche Service-Rate inklusive aller vereinbarten Dienstleistungen ist im Einzelvertrag enthalten¹²⁰.

Vertragsdauer

- die Vertragsdauer richtet sich nach der geplanten Einsatzzeit des einzelnen Fahrzeugs beim Beispielsunternehmen.
- jeder Einzelvertrag kann vom Leasingnehmer mit einer Frist von einem Monat zu jedem Monatsletzen schriftlich gekündigt werden¹²¹.

¹¹⁹ vgl. Rahmenvertrag Leasing, siehe Anhang.

¹²⁰ vgl. Rahmenvertrag Leasing, siehe Anhang.

¹²¹ vgl. Rahmenvertrag Leasing, siehe Anhang.

Sorgfaltspflicht des Leasingnehmers

- der Leasingnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass bei der Benützung des Kraftfahrzeugs die für das Fahrzeug bestehenden Betriebs-, Pflege- und Wartungsvorschriften eingehalten werden.
- Schäden am Tachometer oder Tachometerwelle müssen dem Leasinggeber sofort gemeldet werden und innerhalb eines Tages in einer Werkstätte behoben werden¹²².

Schadensfall und Schadensabwicklung

- Der Leasingnehmer muss den Leasinggeber im Schadensfall unverzüglich informieren; die Schadensabwicklung obliegt dem Leasinggeber¹²³.

Leasingentgelt:

- das monatliche Leasingentgelt ist am Monatsersten mit 30 Tagen Zahlungsziel fällig, es wird vom Leasinggeber in Rechnung gestellt.
- der Leasingnehmer hat im Verzugsfall Zinsen in Höhe von 1,3% p.M. zu zahlen.
- das Leasingentgelt ist an die Refinanzierungskosten für kurzfristige Gelder (VIBOR 3 Monate) gebunden und wird vierteljährlich angepasst. Der Aufschlag auf den 3-Monatsvibor beträgt 1,65% Punkte¹²⁴.

Vorzeitige Vertragsauflösung:

- der Leasingnehmer hat jederzeit das Recht, vor Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer, mit einer Frist von einem Monat zu jedem Monatsletzten den Einzelvertrag schriftlich zu kündigen.
- bei einem Totalschaden oder Untergang endet die Vertragszeit automatisch in dem Monat, in dem der Vorfall sich ereignet bzw. der Leasinggeber alle Unterlagen erhalten hat, die eine Abmeldung des Fahrzeugs möglich machen.

¹²² vgl. Rahmenvertrag Leasing, siehe Anhang.

¹²³ vgl. Rahmenvertrag Leasing, siehe Anhang.

¹²⁴ vgl. Rahmenvertrag Leasing, siehe Anhang.

- der Leasinggeber hat das Recht einzelne oder alle Einzelverträge jederzeit (also auch während des Kündigungsverzichtszeitraumes) und fristlos zu kündigen wenn
 - der Kunde in Zahlungsverzug kommt
 - sich die wirtschaftliche Lage des Kunden wesentlich verschlechtert
 - der Kunde seinen Firmen- oder Wohnsitz in Österreich aufgibt
 - das Kfz einen Totalschaden erleidet oder gestohlen wird¹²⁵.

Pflichten bei Vertragsende:

- Der Leasingnehmer hat am Vertragsende das Fahrzeug an den Leasinggeber zurückzugeben; das Fahrzeug wird vom Leasinggeber direkt vom Standort des Leasingnehmers kurzfristig abgeholt¹²⁶.

5.4 Der Einzelvertrag

Für jedes Fahrzeug wird zusätzlich ein Einzelvertrag abgeschlossen. Im Einzel-Leasingvertrag wird nochmals der Leasingnehmer inklusive dem Fahrer erwähnt und auch das Leasingobjekt genau beschrieben.

Leasing-Bestandteile:

Der Einzelvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann vom Leasingnehmer unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist gekündigt werden. Der Leasinggeber darf frühestens zum Ende des 48. Leasingmonats kündigen, es sei denn, es liegen wichtige Gründe vor (siehe Rahmenvertrag).

Bei diesem Leasingvertrag handelt es sich um ein Vertrag mit Kilometerbegrenzung. Jährlich sind 30.000 inkludiert, auf die gesamte Vertragsdauer 120.000 km. Sollten Mehrkilometer anfallen, werden diese mit 0,0634 Euro/km in Rechnung gestellt. Fährt der Leasingnehmer weniger als die inkludierten km, steht ihm eine Gutschrift in Höhe von 0,0276 Euro/km zu.

Des Weiteren findet sich auf dem Einzel-Leasingvertrag eine Angabe, die besagt, dass der Restwert garantiert ist. Da es bei Restwertgarantie sowohl die Variante gibt, wo der Leasingnehmer dem Leasinggeber den Restwert garan-

¹²⁵ vgl. Rahmenvertrag Leasing, siehe Anhang.

¹²⁶ vgl. Rahmenvertrag Leasing, siehe Anhang.

tiert als auch umgekehrt, muss in diesem Fall ganz genau analysiert werden. Fündig wird man in den AGB des Leasinggebers, wo es dann heißt, dass der Leasinggeber die Restwertgarantie trägt.

Auf dem Leasing-Einzelvertrag sind auch noch der Vertragsbeginn und die Höhe der monatlichen Leasingrate angegeben¹²⁷.

5.5 Auswertung der vertraglichen Informationen

Bei diesem Leasingvertrag handelt es sich um indirektes oder mittelbares Leasing. Das heißt, der Leasinggeber ist nicht gleichzeitig der Hersteller. Hier entsteht, wie schon früher erwähnt, ein Dreiecksverhältnis zwischen Leasinggeber, Leasingnehmer und Hersteller.

Unterscheidet man nach dem Leasingobjekt, so kommt man zu dem Ergebnis, dass hier ein Mobilienleasing vorliegt. Da das Leasing für Kraftfahrzeuge in Österreich sehr erfolgreich ist, wird es auch als eine eigene Leasingsparte geführt. Aus diesem Grund kann der vorliegende Vertrag als KFZ-Leasing deklariert werden.

Nun muss geprüft werden ob es sich bei diesem Vertrag um ein Operating oder Finance Leasing handelt.

5.5.1 Klassifikation nach österreichischer Rechnungslegung

Die Vertragsdauer von 48 Monaten im Vergleich zur Nutzungsdauer von PKWs von 96 Monaten ist relativ kurz. Der Vertrag ist für den Leasingnehmer kündbar d.h. es gibt keine feste Grundmietzeit. Es gibt eine feste Grundmietzeit für den Leasinggeber, er darf erst nach Ablauf des 48. Leasingmonats kündigen. Die feste Grundmietzeit des Leasinggeber dient als Absicherung für den Leasinggeber um den Leasinggegenstand in seiner Bilanz aktivieren zu können. Diese Argumente sprechen für eine Klassifikation als Operating Leasing.

Der Leasingnehmer trägt Sorge dafür, dass die Wart-, Pflege und Reparaturvorschriften eingehalten werden. Er muss jedoch die autorisierten Werkstätten, die der Leasinggeber vorschlägt, aufsuchen. Dieses Argument lässt auf ein Finanzierungsleasing schließen, ist aber nicht ausreichend um diesen Fall als Finanzierungsleasing zu klassifizieren.

¹²⁷ vgl. Einzelvertrag Leasing, siehe Anhang.

5.5.2 Klassifikation nach US GAAP

Am Ende der Vertragslaufzeit werden die PKWs an den Leasinggeber zurückgegeben. Es erfolgt keine Eigentumsübergang. Im Vertrag ist keine Option vereinbart, die den Leasingnehmer berechtigt das Leasingobjekt nach Ablauf der Vertragslaufzeit zu einem unter dem Verkehrswert liegenden Preis zu erwerben. Der Leasingzeitraum beträgt unter 75% der gewöhnlichen Nutzungsdauer (Berechnung mit 96 Monaten Nutzungsdauer). Da die Punkte für Capital Lease nicht erfüllt sind, handelt es sich auch hier um einen Operating Lease Vertrag.

5.6 Aktuelle Verbuchung und Bilanzierung

Buchung der Rechnung

Aktuell werden die Leasingraten als Leasingaufwand, somit als ertragswirksame Betriebsausgabe verbucht. Da es hierbei um kein Unternehmen, das gewerbliche Personenbeförderung betreibt handelt, wird die Umsatzsteuer auch als Betriebsausgabe gebucht. Der Leasinggeber stellt monatlich eine Gesamtrechnung (für etwa 70 PKWs). Derzeit bedarf es keiner Unterscheidung in der nationalen Bilanzierung und Bilanzierung nach US GAAP, da beide Rechnungslegungssysteme Operating Leasing gleich behandeln.

Das österreichische Steuergesetz besagt, dass Personenkraftwagen und Kombis eine Nutzungsdauer von 8 Jahren haben, das heißt die Abschreibung beträgt 1/8 pro Jahr. Wenn es sich um Leasinggeschäfte handelt, darf die Leasingrate auch nicht mehr als ein Achtel des Anschaffungswertes betragen.

Hier ein Beispiel:

Anschaffungswert PKW: 40.000 Euro

Nutzungsdauer Steuerrecht: 8 Jahre

Jährliche Abschreibung: $40.000 / 8 = 5.000$ Euro

Monatliche Leasingrate: 500 Euro mal 12 Monate = 6.000

In diesem Fall muss man die Differenz in Höhe von 1.000 Euro als Aktivposten ansetzen, damit der Leasingaufwand neutralisiert wird. Damit ist gewährleistet, dass der Leasingnehmer nicht mehr Aufwand absetzt als ihm zusteht. Im Beispielsunternehmen wird dies im Rahmen der Mehr-Weniger-Rechnung gelöst.

Ansonsten wird im Zusammenhang mit dem Leasinggeschäft weder ein Aktivposten für die Anlage noch ein Passivposten für die Verbindlichkeit angesetzt. Es sind lediglich Angaben im Anhang (siehe Kapitel 3.7) notwendig.

5.7 Verbuchung und Bilanzierung nach der Änderung in US GAAP

Sollte die Änderung in Kraft treten, müssten alle Leasingverträge in der Bilanz dargestellt werden. Die off-balance-sheet Behandlung würde wegfallen. Sowohl Operating als auch Finanzierungsleasing (oder Capital Lease) fände man dann auch in der Bilanz wieder.

Für Finanzierungsleasing ist dies keine Neuheit, da diese Fälle auch heute so bilanziert werden. Da aber der Anteil an Operating Leasing wesentlich höher ist, stellt diese Änderung viele Unternehmen unter anderem vor erhöhten Administrationsaufwand. Weitere Konsequenzen werden im nächsten Kapitel erläutert.

Im Beispielsunternehmen müsste somit jeder einzelne PKW als Anlage bzw. als Nutzungsrecht in der Bilanz aktiviert werden. In gleicher Höhe muss die Leasingverbindlichkeit passiviert werden. Der PKW wird auf die Nutzungsdauer bzw. Leasingdauer abgeschrieben und fließt in die Gewinn und Verlustrechnung als Aufwand ein. Die Leasingraten tilgen einen Teil der Leasingverbindlichkeit, zum anderen Teil stellen sie einen Aufwand als Zinsen dar.

Nachstehend ein vereinfachtes Buchungsschema:

Bilanz

Anlagevermögen (Nutzungsrecht)		Leasingverbindlichkeit	
a.	40.000	5.000 c.	a. 40.000
		b. 4700	
	35.000		35.300

Bank	
	5.000 b.

Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsaufwand		Abschreibung	
b. 300		c. 5.000	
300		5000	

- a. Leasingvertragsabschluss bzw. Lieferung des Leasinggutes
- b. Zahlung der Leasingrate (Jahresbetrag)
- c. Jährliche Abschreibung

5.8 Konsequenzen der Änderung aus der Sicht des Leasingnehmers

„Aus Sicht des Leasingnehmers ist das Operating-Leasing-Verhältnis interessant, weil es ihm zur Nutzung eines Leasinggegenstandes verhilft, ohne die bilanziellen Konsequenzen einer hierfür notwendigen Fremdfinanzierung fürchten zu müssen“¹²⁸.

Sollte das right-of-use Modell in Kraft treten, würde diese Aussage der Vergangenheit angehören. Die Unterscheidung zwischen operating und finance leasing würde vollständig entfallen. Der Leasingnehmer müsste jedes Leasinggut in seiner Bilanz zeigen, ähnlich dem heutigen finance lease. Sollte diese Ände-

¹²⁸ Fülbier/Pferdehirt, 2005, S. 277.

rung tatsächlich umgesetzt werden, würde sie nicht nur für zukünftige Leasingverträge sondern auch rückwirkend für existierende Verträge gelten.

Wenn die Zurechnung des Leasingobjektes zum Leasingnehmer erfolgt, hat dies auf den Jahresabschluss des Leasingnehmers folgende Auswirkungen:

- das Leasinggut muss im Anlagevermögen aktiviert werden,
- die Abschreibung des Leasinggutes muss verbucht werden und
- auch die jährliche Verbuchung eines Zinsaufwandes muss vorgenommen werden¹²⁹.

Aus dieser Änderung ergeben sich verschiedene andere Konsequenzen.

- Auswirkungen auf die Kennzahlen
 - Bei einem operating lease bleibt die *Eigenkapitalquote* durch die konstanten Aufwendungen gleich, während bei finance lease zu Beginn die Aufwendungen aus der Abschreibung und dem Zinsaufwand übersteigen. Aus diesem Grund ist die Eigenkapitalquote anfänglich wesentlich geringer; sie nähert sich durch die sinkenden Zinsaufwendungen an die Eigenkapitalquote bei Bilanzierung eines operating lease.
 - Die *Fremdkapitalquote* erhöht sich durch die Passivierung der Verbindlichkeit aus dem Leasingverhältnis. Ein höherer Verschuldungsgrad zeigt eine größere Abhängigkeit von Fremdkapitalgebern und erschwert unter Umständen den Zugang zu weiteren Finanzierungsmöglichkeiten.
 - Die *Anlagenintensität* wird durch die Aktivierung der Leasinggegenstände klarerweise erhöht, da bei Bilanzierung von operating leases keine Aktivierung von Anlagen vorgenommen wird.
 - Da sich die Kennzahlen Eigenkapitalquote und Fremdkapitalquote ändern (verschlechtern), hat das auch anfänglich Auswirkungen auf die *Gesamtrentabilität* und könnte somit auch das Rating beeinflussen.
- In die GuV fließen nicht mehr die kompletten Leasingraten als Aufwand, sondern nur mehr der Zinsaufwand und die Abschreibung.

¹²⁹ vgl. Kuhnle & Kuhnle-Schadn, 2005, S. 372.

- *Wesentliche Differenzen* zwischen nationaler und US GAAP Bilanzierung werden entstehen, die keinen Vergleich mehr ermöglichen.
- Für die meisten Unternehmen, die heute häufig Leasinggeschäftsfälle haben, entsteht ein enormer *administrativer Mehraufwand*. Bei unserem Beispielsunternehmen muss die neue Bilanzierung umgesetzt bzw. an die 70 Kraftfahrzeuge nun aktiviert werden.

5.9 Lösungsvorschläge

5.9.1 Vertragsgestaltung

Die Möglichkeiten der Klassifizierung von Leasingverträgen sind zur Zeit vielfältig. Mit ein wenig Kreativität wird aus jedem Leasingvertrag ein operating lease damit es off-balance verbucht werden kann. So kann man z.B. mit der Laufzeit variieren, man kann die Kaufoption ausschließen oder auch einfach die Überschrift auf dem Vertrag "Mietvertrag" nennen. So einfach wird es einem in Zukunft nicht gemacht. Die Verbuchung off-balance soll in Zukunft nicht mehr möglich sein, die Klassifizierung der Leasingverträge entfällt. Alle Leasingverträge sollen sich in der Bilanz widerspiegeln. Aber auch hier wird es wahrscheinlich Lücken geben. Komplexe Leasingverhältnisse wurden nicht vollständig berücksichtigt und erfüllen somit nicht die Definitionskriterien des neuen Konzeptes. Die Gestaltungs- und Interpretationsspielräume wurden nicht ausreichend eliminiert. Die Trennung von Service- und Leasingverträgen und auch die Bilanzierung komplexer Leasingverhältnisse wird weiterhin Ermessensspielräume bieten. Es kommt zu einer Verlagerung von Ermessensspielräumen und Gestaltungsmöglichkeiten in die Bereiche Bestimmung der Leasingdauer, Bestimmung der Ausübungswahrscheinlichkeit von Optionen und Bewertung bedingter Leasingraten und Restwertgarantien¹³⁰.

5.9.2 Umsetzungsplan

Angenommen das right-of-use Modell tritt in Kraft, so muss das Beispielsunternehmen sich rechtzeitig darauf vorbereiten. Nicht nur, dass sich die Art der Bilanzierung ändert, das neue Modell bringt weitere Änderungen mit sich. Beispiele dafür sind Computersysteme, das Berichtswesen, interne Prozesse/Kontrollen. Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, muss zu Be-

¹³⁰ vgl. Jung, Ruthardt & Hermens, 2011, S. 202.

ginn festgestellt werden wie hoch der Aufwand ist. Da das Unternehmen durchschnittlich 70 Einzel-Leasingverträge gleichzeitig hat, ist der Aufwand zumindest am Anfang als hoch einzuschätzen.

Wie schon erwähnt greift diese Änderung in viele Bereiche ein. Hier ist ein grober Überblick eines möglichen Umsetzungsplanes.

Zuerst ist es notwendig alle Daten und Informationen betreffend der Änderung zu sammeln. Dazu zählen Informationen wie z.B. in welchen Bereichen gibt es Leasinggeschäfte, wie komplex sind die Prozesse heute, was ist notwendig von der Seite der Informationstechnologie, wie wird die Bilanz beeinflusst.

Anhand des Beispielsunternehmens entsteht hier ein Umsetzungsplan.

Das Unternehmen hat in den Bereichen Kraftfahrzeuge, Büromaschinen und Gebäude mit Leasinggeschäften zu tun. Die größte Gruppe bilden Kraftfahrzeuge. Die Prozesse rund um Leasing gestalten sich heute einfach, der Leasinggeber stellt eine Monatsrechnung aus, diese durchläuft alle internen Kontrollen, wird als Betriebsaufwand verbucht und schlussendlich auch beglichen. In Zukunft wird es notwendig sein zu Beginn des Leasingvertrages eine neue Anlage zu eröffnen, sie zu aktivieren und monatlich abzuschreiben. Zusätzlich muss man die Rechnung des Leasinggebers gegen Leasingverbindlichkeiten und Zinsaufwand verbuchen. Danach kann die Begleichung erfolgen. Die meisten Unternehmenssoftwares bieten gute Lösungen an wie z.B. automatisches Verbuchen der Abschreibung. Somit ist der größte Aufwand mit der einmaligen Aktivierung der Anlagen erledigt. Um eine bessere Unterscheidung der Anlagen zu gewährleisten, ist es notwendig eine neue Anlagenklasse für das Nutzungsrecht zu eröffnen. Das liegt in der Verantwortung des Informationstechnologie-Teams.

Da das Unternehmen weiterhin auch nach der österreichischen Rechnungslegung Berichte erstellen müssen, muss eine Lösung für die Überleitung der Bilanz von einer Rechnungslegung in die andere entworfen bzw. diese Lösung bereits in die Unternehmenssoftware eingebaut werden. Zu den wichtigen Aufgaben gehört auch die interne und externe Kommunikation über die Änderung und das Training. Alle Mitarbeiter, die unmittelbar mit Leasing zu tun haben, müssen über die Änderungen informiert und für die neue Arbeitsweise geschult werden.

Die einfachste Methode für den Leasingnehmer wäre, wenn die nationale Rechnungslegung durch die Reformierung der internationalen Leasingbilanzierung zur gesetzlichen Verankerung bewegt würde.

6 Schlussbetrachtung

Leasing hat in den letzten drei Jahrzehnten in Österreich großen Anklang gefunden. Es kann durchaus von einer sogenannten Erfolgsstory gesprochen werden¹³¹. Dieses Finanzierungsinstrument ist aus dem heutigen Wirtschaftsverkehr nicht mehr wegzudenken. Wie bereits erwähnt ist der österreichische Leasingmarkt im Aufschwung.

Das Bundesministerium für Finanzen hat mit den ESTR 2000 versucht Rahmenbedingungen für die Bilanzierung von Leasingverträgen zu schaffen. Jedoch haben die ESTR keinen normativen Charakter und es kommt immer wieder auch mit den Behörden zu Konflikten.

In der Rechnungslegung nach US GAAP gibt es heute auch schon Normen, aber diese sollen reformiert werden. Im gemeinsamen Projekt des FASB und des IASB zur Harmonisierung und Reformierung der Leasingbilanzierung soll das Konzept des wirtschaftlichen Eigentums vom right-of-use Modell abgelöst werden. Beim right-of-use Modell geht es um das Nutzungsrecht, das vom Leasinggeber an den Leasingnehmer übergeht und in der Bilanz des Leasingnehmers aktiviert werden soll. Dieser Vorschlag ist massiver Kritik ausgesetzt, weil er für den Leasingnehmer bilanzielle Konsequenzen bringt. Es ist derzeit nicht voraussehbar wann und ob diese Änderung in Kraft treten wird.

Fest steht, dass auch künftig die Möglichkeit bestehen wird Gestaltungs- und Spielräume auszunützen um die Leasingbilanzierung zum eigenen Vorteil zu gestalten. Unternehmen, die nach nationaler und internationaler Rechnungslegung bilanzieren müssen, steht eventuell eine Änderung ihrer Prozesse, Buchungen, Systeme bevor. Diese lässt sich mit einem guten Umsetzungsplan gut vorbereiten.

Da Leasing ein erfolgreiches Finanzierungsinstrument ist und die Zukunftsaussichten gut stehen, ist die Zeit längst reif für eine einheitliche Bilanzierung.

¹³¹ vgl. Haeseler & Greßler, 2007, V.

Wann wir mit dieser rechnen können ist derzeit nicht bekannt, aber zumindest wird daran emsig gearbeitet.

Literaturverzeichnis

- Beiser, R. (2006). *Steuern - Ein systematischer Grundriss*. Wien: Facultas Verlag.
- Bender, H. J. (2001). *Kompakttraining Leasing*. Ludwigshafen: Kiehl Verlag.
- Bitz, M., & Niehoff, K. (2002). Wirtschaftliche Analyse des Leasing. In D. Titko, & D. Krimphove, *Praktiker-Handbuch Unternehmensfinanzierung* (pp. 287 - 330). Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag.
- Born, K. (2005). *Rechnungslegung international: Rechnungslegung nach IAS/IFRS im Vergleich mit HGB und US-GAAP*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag.
- Camphausen, B., Vollmer, T., Jandt, J., Levin, F., & Eichler, B. (2008). *Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre: Bachelor Kompaktwissen*. Oldenbourg Verlag.
- Csáky, C. (1992). *Der Immobilienleasingvertrag in Österreich, Deutschland und der Schweiz*. Wien: Manz Verlag.
- Egger, A., Samer, H., & Bertl, R. (2008). *Der Jahresabschluss nach dem Unternehmensgesetzbuch*. Wien: Linde.
- Förschle, G., Kroner, M., & Mandler, U. (1996). *Internationale Rechnungslegung: US-GAAP, HGB und IAS*. Economica Verlag.
- Fülbier, R. U., & Pferdehirt, H. (2005, 07 06). Überlegungen des IASB zur künftigen Leasingbilanzierung: Abschied vom off balance sheet approach. *KoR*, pp. 275-285.
- Fülbier, R., & Fehr, J. (2009). Die bilanzwirksame Gleichbehandlung aller Leasingverträge steht vor der Tür: Das IASB/FASB-Discussion Paper. *Die Wirtschaftsprüfung (WPg)*, p. 673ff.
- Haeseler, H., & Greßler, F. (2007). *Leasing und Factoring. Attraktive Finanzierungsinstrumente im Lichte von Basel II*. LexisNexis ARD ORAC.
- Hayn, S., & Waldersee, G. G. (2008). *IFRS/US-GAAP/HGB im Vergleich*. Stuttgart: Schäffer/Poeschel Verlag.
- Jung, M., Ruthardt, F., & Hermens, A.-S. (2011). Scheitert das IASB an einer tragfähigen Reform der Leasingbilanzierung? *Zeitschrift für internationale Rechnungslegung (IRZ)*, pp. 199-203.

- Kuhle, R., & Kuhle-Schadn, A. (2005). *Leasing - Ein Baustein moderner Finanzierung*. Wien: Linde Verlag.
- Kümpel, T., & Becker, M. (2006). *Leasing nach IFRS*. München: Verlag Vahlen.
- Leibfried, P., & Rogowski, C. (2005). Mögliche zukünftige Leasingbilanzierung nach IFRS. *Kapitalmarktorientierte Rechnungslegung*, pp. 552-555.
- Leissing, T. (2000, 7). Leasingverhältnisse nach IAS17 im Vergleich zu US-GAAP und HGB und neue Entwicklungen in der Leasingbilanzierung. (*RWZ Zeitschrift für Recht und Rechnungswesen*, , p. 202 ff.
- Metzler, J. (2010). *Unternehmerische Finanzierungsinstrumente*. Wien: Linde Verlag.
- Müller, K. (2009). *Die zukünftige bilanzielle Darstellung von Leasingverträgen nach nationaler und internationaler Rechnungslegung - Konvergenz oder Divergenz?* Wien: Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Perridon, L., & Steiner, M. (2009). *Finanzwirtschaft der Unternehmung*. München: Vahlen Franz GmbH.
- Quantschnigg, P., Jezek, H., Langer, H., & Pilz, J. (2003). *Handbuch des Leasing*. Frankfurt/Wien: Wirtschaftsverlag Carl Ueberreuter.
- Schachner, B. (2007). Zurechnung von Leasinggütern beim Finanzierungsleasing im Spannungsfeld zwischen Verwaltungspraxis und Rechtsprechung. *taxlex*, p. 299.
- Schleis, I. (2000). *Leases nach IAS und US-GAAP*. Wien: Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Schulz. (2008). Die Leasingbilanzierung nach IFRS aus Sicht des asset-liability-approach, *IRZ*, 4/2008. *IRZ*, p. 179f.
- Selchert, F. W., & Erhardt, M. (2003). *Internationale Rechnungslegung*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH.
- Verband österreichischer Leasing-Gesellschaften. (2003). *Leasing in Österreich*. Wien.

Internetquellen:

Raiffeisen

URL: <<http://www.raiffeisen-leasing.at/tvspot.html>>, verfügbar am 15.12.2011

VÖL

Presseinfo

URL: <http://www.leasingverband.at/files/VÖL_Presseinfo%2020110901.pdf>, verfügbar am 17.12.2011

Statistiken

URL:

<http://www.leasingverband.at/index.php?option=com_content&view=article&id=176%3Aleasing-in-oesterreich-2010&catid=48%3Astatistiken&Itemid=72&lang=de>, verfügbar am 18.12.2011

URL:

http://www.leasingverband.at/index.php?option=com_content&view=article&id=201%3Aleasing-in-oesterreich-2011&catid=48%3Astatistiken&Itemid=124&lang=de>, verfügbar am

19.04.2012

Leitfaden

URL: <http://www.leasingverband.at/Download/Leitfaden_neu.pdf>, verfügbar am 29.12.11

Über uns

URL:

<http://www.leasingverband.at/index.php?option=com_content&view=article&id=46&Itemid=90&lang=de>, verfügbar am 17.12.2011

Wirtschaftskammer Österreich

URL:

<http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=156825&DstID=0&BrID=0#3>, verfügbar am 16.12.2011

FASB

URL:

<<http://www.fasb.org/jsp/FASB/Page/SectionPage&cid=1176154526495>>,

verfügbar am 29.12.2011

URL: <http://www.fasb.org/intl/MOU_09-11-08.pdf>, verfügbar am 29.12.2011<<http://www.fasb.org/cs/BlobServer?blobcol=urldata&blobtable=MungoBlobs&blobkey=id&blobwhere=1175823559205&blobheader=application%2Fpdf>>,

verfügbar am 18.04.2012

URL:

<<http://www.fasb.org/cs/BlobServer?blobcol=urldata&blobtable=MungoBlobs&blobkey=id&blobwhere=1175823559205&blobheader=application%2Fpdf>>, S.

15, verfügbar am 18.04.2012

DeloitteURL: <<http://www.deloitteaccounting.at/>>, verfügbar am 19.04.2012

Selbständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Teile, die wörtlich oder sinngemäß einer Veröffentlichung entstammen, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde noch nicht veröffentlicht oder einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, Datum

Unterschrift